



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2016

Céline Thuyên-Mai Holder

**Amerikanische Kriege im
öffentlichen Diskurs – Eine
Diskursanalyse zur Meinung
der amerikanischen
Öffentlichkeit während des
Vietnam- und Irakkriegs**

Bachelorarbeit bei
Dr. Lars C. Colschen
WiSe 14/15

Inhaltsverzeichnis

I	„Vietnam“ und „Irak“ – Ein Wandel der Meinung in der amerikanischen Öffentlichkeit und ihrer Auswirkungen?.....	3
II	Forschungsstand.....	5
III	Historischer Überblick der Konflikte.....	6
1	Der Vietnam-Krieg.....	6
2	Der Irak-Krieg	9
IV	Öffentliches Meinungsbild der amerikanischen Bevölkerung zu Zeiten des Vietnamkriegs	12
1	Anfänglich starker Rückhalt der amerikanischen Bevölkerung für die heimische Regierung	12
2	Allmähliche Spaltung der amerikanischen Bürger in „Hawks“ und „Doves“	13
3	Mehrheitliche Ablehnung des Kriegs bis zum Ende des Konfliktes.....	13
V	Öffentlicher Diskurs während des Irakkriegs	16
1	Rally-round-the-flag-Effekt im direkten Vorfeld und zu Beginn des Irakkonfliktes....	17
2	Schnell schwindende Unterstützung der Regierung durch U.S. Bürger	18
VI	Ein Diskurs über die meinungsbildenden Faktoren	20
1	Zahl der gefallenen amerikanischen Soldaten – „casualties“	21
2	Amerikanische Erfolgchancen im Krieg – „perception of success“	22
3	Wahrnehmung der Legitimität des Konfliktes	25
4	Parteinahme, Zustimmung zum Präsidenten und die Beeinflussung durch politische Eliten	25
5	Demographische Faktoren.....	28
6	Kriegsjournalismus – „embedded journalism“	29
6.1	Falsche Wahrnehmungen und Kenntnis	31
6.2	Patriotismus im Journalismus	32
7	Die Außenpolitik der USA und die Theorie des Realismus.....	34

VII	Der Einfluss der heimischen öffentlichen Meinung in Konflikten auf die amerikanische Außenpolitik und Regierungshandeln	35
1	Ablehnung der öffentlichen Meinung als Einflussfaktor auf Entscheidungsträger insbesondere im Vorfeld und zu Beginn militärischer Konflikte.....	35
2	Zunehmender Einfluss des öffentlichen Meinungsbildes auf politisches Handeln.....	36
2.1	‘Vietnam Syndrome’	36
2.2	Einschränkung des politischen Handelns durch öffentliche Meinung.....	37
VIII	Fazit – Öffentliche Meinung amerikanischer Bevölkerung in Kriegssituationen – Ein anhaltender Diskurs.....	39
	Literatur- und Quellenverzeichnis.....	44
	Eigenständigkeitserklärung	48

I ,Vietnam‘ und ,Irak‘ – Ein Wandel der Meinung in der amerikanischen Öffentlichkeit und ihrer Auswirkungen?

Der Vietnamkrieg, in dem mehr als 50.000 amerikanische Soldaten und eine Million Vietnamesen den Tod fanden, rief starke Meinungsäußerungen hervor¹. Die Verbindung mit dem ab 2003 langjährig währenden Konflikt im Irak und dessen unvermeidbarer Abfall der öffentlichen Unterstützung durch die amerikanischen Bürger scheint somit angemessener als je zuvor². In vieler Hinsicht ähnelt das Bild der öffentlichen Meinung der amerikanischen Bevölkerung im Irakkonflikt, zumindest im Gesamtbild, dem des Vietnamkrieges. Auf anfänglich hohe Unterstützung durch die amerikanische Öffentlichkeit folgt wachsende Ablehnung der Konflikte. Jedoch bestehen auch wichtige Unterschiede zwischen den beiden Konflikten³. Es besteht wenig Einigkeit inwieweit genau beispielsweise das Versagen der Vereinigten Staaten in Vietnam die Politikgestaltung seitdem beeinflusst hat und ob es das überhaupt soll⁴. Während die ‚Lektionen‘ aus Vietnam umstritten bleiben, fällt ins Auge, dass Politiker während der beiden kriegerischen Auseinandersetzungen Rhetorik nutzten, die stark übereinstimmt⁵. So stellt Präsident George W. Bushs Redeweise, die die Amerikaner zu Unterstützung für den Irakkrieg mahnte, da es sich um Werte der Freiheit und Unabhängigkeit handle, die im Irak in Gefahr seien, ein fast schon furchterregendes Echo Präsident Johnsons Mahnungen im November 1967 in Vietnam dar⁶. Sowohl im Irak als auch in Vietnam standen die amerikanischen Truppen bewaffneten Gegnern gegenüber, die bestimmt, findig, ihre Reihen auffüllend und scheinbar entschlossen zu kämpfen waren, solange es nötig ist. Die Natur des Konfliktes scheint demnach auf den ersten Blick ähnlich⁷. Es handelte sich in beiden Konflikten um asymmetrische Kriege. Herring stellte über die Kriegssituation in Vietnam fest, dass die Vereinigten Staaten die älteste und fundamentalste Regel eines bewaffneten Konfliktes ignorierten, nämlich seinen Feind zu kennen. Gleiches kann über den

¹ vgl. Sobel, Richard, 2001: *The Impact of Public Opinion on U.S. Foreign Policy since Vietnam. Constraining the Colossus*. New York: Oxford University Press, S.4.

² vgl. Priest, Andrew, 2009: *From Saigon to Baghdad: The Vietnam Syndrome, the Iraq War and American Foreign Policy*, in: *Intelligence and National Security* 2009 (24), S.166.

³ vgl. Berinsky, Adam J., 2009: *In Time of War. Understanding American Public Opinion from World War II to Iraq*. Chicago: The University of Chicago Press, S.31.

⁴ vgl. Priest, 2009, S.145.

⁵ vgl. Priest, 2009, S.169.

⁶ vgl. Hughes, R. Gerald, 2008: „In the Final Analysis, it is Their War“: Britain, the United States and South Vietnam in 1963, in: Hughes, R. Gerald; Jackson, Peter; Scott, Len (Hrsg.), 2008: *Exploring Intelligence Archives: Enquiries into the Secret State*. Abingdon/New York: Routledge, S.205.

⁷ vgl. Mueller, John, 2005: *The Iraq Syndrome*, in: *Foreign Affairs* 2005 (84), S.50.

Irakkonflikt festgestellt werden⁸. Nichtsdestotrotz handelte es sich bei den Aufständen im Irak, wenn auch tödlich und bestimmt, um eine deutlich kleinere und unorganisiertere Macht als die Vietcong in Vietnam⁹. Meinungsumfragen spielten in beiden Kriegen eine bedeutende Rolle, besonders im Irakkonflikt, da sie einen kritischen Kommunikationsmechanismus für Informationen zwischen der breiten Bevölkerung und den politischen Eliten darstellen¹⁰. In dieser Arbeit geht es vorwiegend um die öffentliche Meinung der amerikanischen Bürger während der beiden Zeitschienen der benannten Konflikte. Darum kommt den Meinungsfragen eine große Bedeutung zu. Eines der eisernen Gesetze der Meinungsumfrage ist, dass Antworten in hohem Maße von der Wortwahl der Fragen abhängen¹¹ und deswegen die Entwicklung des Meinungsbildes der Öffentlichkeit über den Verlauf der Zeit am besten mit identischen Fragen beobachtet werden kann¹². In Vietnam und im Irak wurde dabei sehr häufig mit der sog. ‚mistake-question‘ gearbeitet, die feststellen möchte, ob die Bürger den Konflikt als Fehler erachten. Diese Art der Meinungsumfrage zielt auf die allgemeine Meinung der Bevölkerung hinsichtlich der Sinnhaftigkeit des militärischen Vorgehens ab und schließt daraus auf die generelle Zustimmung zum Konflikt¹³.

Allen Parallelen und Unterschieden der beiden Konflikte zum Trotz, müssen sich die vorher genannten ‚Lektionen‘ aus dem Versagen des amerikanischen Militärs in Vietnam im Bild, der Entwicklung und der Entstehung der amerikanischen öffentlichen Meinung im Irakkonflikt bemerkbar gemacht haben. Aus diesem Grund geht die vorliegende Arbeit der Frage nach inwiefern und wenn ja durch welche Faktoren ein Wandel der Meinung und Meinungsbildung der amerikanischen Öffentlichkeit im Vergleich von Vietnam- und Irakkrieg festzustellen ist? Diese Thematik wird in Form einer Diskursanalyse bearbeitet werden. Der Diskurs über öffentliche Meinung umfasst viele Ebenen, die im Rahmen dieser Arbeit aufgegriffen werden. Die politikwissenschaftliche Relevanz liegt dabei im vielfältigen und nicht immer sichtbaren Zusammenspiel von öffentlicher Meinung und politischem Handeln in einer Situation militärischer Auseinandersetzung. In diesem Kontext soll deutlich werden, inwieweit sich die Bedeutung der Meinung der Bürger im Zeitraum eines Konfliktes

⁸ vgl. Herring, George C., 1990: Vietnam, American Foreign Policy, and the Uses of History, in: The Virginia Quarterly Review 1990 (66), S.11.

⁹ vgl. Mueller, 2005, S.52.

¹⁰ vgl. Berinsky, Adam J., 2004: Silent Voices. Public Opinion and Political Participation in America. Princeton: Princeton University Press, S.2.

¹¹ vgl. Holsti, Ole R., 2013: The United States, in: Sobel, Richard; Furiu, Peter; Barratt, Bethany (Hrsg.), 2012: Public Opinion & International Intervention. Lessons from the Iraq War. Washington, D.C.: Potomac Books, S.12.

¹² vgl. Luch, William; Sperlich, Peter W., 1979: American Public Opinion and the War in Vietnam, in: The Western Political Quarterly 1979 (32), S.23.

¹³ vgl. Mueller, John E., 1973: War, Presidents and Public Opinion. New York: Wiley, S.43.

aber auch über Konflikte hinweg wandelt, und ob ein Wandel überhaupt stattfindet. Um der Antwort der eben genannten zentralen Frage auf den Grund zu gehen, greift der vorliegende Aufsatz verschiedene Aspekte auf. Zunächst wird zusammenfassend auf den Forschungsstand zur Thematik der öffentlichen Meinung in Vietnam und im Irak eingegangen, sowie ein historischer Überblick der beiden Kriege gegeben. Daraufhin folgt ein Blick auf die öffentlichen Meinungsbilder in den USA während des Vietnam- und Irakkriegs. Besonders im daran anschließenden Abschnitt über die meinungsbildenden Faktoren wird der im Titel dieser Arbeit genannte Diskurs deutlich. Es bestehen verschiedene Auseinandersetzungen zu der Entstehung öffentlicher Meinung, ein wahrhaft wissenschaftlicher Diskurs in diesem Themenbereich. Auch der Einfluss der heimischen öffentlichen Meinung auf die amerikanische Außenpolitik bzw. Regierungshandeln, ist von einem Diskurs geprägt, der im Rahmen des nächsten Bearbeitungspunkts dieser Bachelorarbeit betrachtet wird. Zum Abschluss der Arbeit wird ein Fazit gezogen, ob nun von einer sich gewandelten Meinung der amerikanischen Bevölkerung im Verlauf von Vietnam- und Irakkonflikt die Rede sein kann oder aus den im Laufe der Arbeit diskutierten wissenschaftlichen Meinungen keine eindeutige Entscheidung getroffen werden kann.

II Forschungsstand

Die Literatur über den U.S. amerikanischen Einsatz in Vietnam entwickelte sich sehr schnell. Ein eigener Literaturstrang, der den Einfluss und das Vermächtnis dieses Krieges behandelt, bildete sich heraus¹⁴. Die bereits oben erwähnten Parallelen der beiden Konflikte werden von einer wachsenden Zahl an wissenschaftlicher Literatur aufgegriffen¹⁵. Über den Aspekt der öffentlichen Meinung der amerikanischen Bevölkerung zu Zeiten der beiden Konflikte, um den es in meiner Arbeit gehen wird, arbeiten einige Wissenschaftler. Neben zahlreichen Aufsätzen und Büchern zur öffentlichen Meinung in den beiden Konflikten bestehen auch Werke zu den Einflussfaktoren der Entstehung öffentlicher Meinung in Konfliktsituationen z.B. von Feaver, Gelpi, Reifler, Mueller und Larson. Holsti, Sobel und andere Autoren greifen den Einfluss dieses öffentlichen Meinungsbildes auf die Außenpolitik und insbesondere die Regierung auf. Dabei werden Vietnam und Irak nicht selten in einem Artikel oder Werk betrachtet, analysiert und bearbeitet. Zum Wandel des öffentlichen Meinungsbildes der amerikanischen Bürger im Vietnam- und Irakkrieg finden sich u.a. Aufsätze und Bücher von Priest und Berinsky. Die folgende Arbeit soll auf die wichtigsten

¹⁴ vgl. Priest, 2009, S.141f.

¹⁵ vgl. Priest, 2009, S.169.

Faktoren, die die öffentliche Meinung beeinflussen, Bezug nehmen, um letztendlich auf einen eventuellen Wandel des Meinungsbildes in den beiden Konflikten zu schließen.

III Historischer Überblick der Konflikte

Im Folgenden wird der Konflikt in Vietnam und im Irak historisch behandelt. Dies ist für das Verständnis der Entwicklung öffentlicher Meinung während der beiden Kriege notwendig, da die Ereignisse und der Verlauf der militärischen Auseinandersetzungen wesentlich zur Bildung öffentlicher Meinung beitragen¹⁶.

1 Der Vietnam-Krieg

Der Vietnam-Konflikt dauerte offiziell von 1965 bis 1975 an. Jedoch begann die U.S. amerikanische Beteiligung an der Bekämpfung vietnamesischer Aufständischer bereits mit der finanziellen Unterstützung des französischen Kolonialregimes in den späten 1940er Jahren und frühen 1950ern¹⁷. Ende der 50er Jahre war Südvietnam zunehmend in eine intensive kriegerische Auseinandersetzung mit kommunistisch geführten Guerilla-Kämpfern verwickelt, die geistige und schließlich materielle Unterstützung aus Nordvietnam erhielten¹⁸. Bei dem Vietnam-Krieg handelte es sich demnach um einen Teil der amerikanischen Eindämmungsstrategie des Kalten Krieges, verbunden mit der Hoffnung auf ‚nation building‘ in Südostasien¹⁹. Am 20. Dezember 1960 kam es schließlich in Südvietnam zur Gründung der Nationalen Befreiungsfront Vietcong²⁰. Und bereits Anfang des Jahres 1964 bereiteten sich die Kommunisten auf eine stärkere militärische Auseinandersetzung in Südvietnam vor. Schon im Jahr 1963 war die Entscheidung für einen Kampf um den Sieg gegen Südvietnam von der nordvietnamesischen Regierung getroffen worden²¹. Ein erstes Verhandlungsangebot des amerikanischen Präsidenten Johnson an die nordvietnamesische Führung zur Befriedung der Konflikte fand schon im Juni 1964 statt. Dieses Angebot wurde von Nordvietnam abgelehnt²². Vielmehr kam es am 2. August 1964 zu einem Vorfall in der Tongking-Bucht. Dabei wurden amerikanische Schiffe, die sich dort aus Nachrichtenbeschaffungsgründen befanden, von nordvietnamesischen Booten attackiert. Nach diesen kämpferischen Vorfällen

¹⁶ vgl. Holsti, 2013, S.30.

¹⁷ vgl. Sobel, 2001, S.51.

¹⁸ vgl. Mueller, 1973, S.28.

¹⁹ vgl. Herring, George C., 1986: America's Longest War: The United States and Vietnam, 1950-1975. 2. Aufl. New York: Knopf/ Random House, S.67.

²⁰ vgl. Pozsgai, Joseph, 2008: Vom Vietnam-Krieg zum Irak-Desaster. Fehlentscheidungen amerikanischer Politik. München: Olzog Verlag, S.62.

²¹ vgl. Pozsgai, 2008, S.103.

²² vgl. Pozsgai, 2008, S.113f.

begannen die internationalen Auseinandersetzungen²³. All dies mündete in der einstimmigen Verabschiedung der sog. Tonkin-Resolution durch den amerikanischen Kongress²⁴ nur einige Tage nach dem Angriff im August 1964 der Nordvietnamesen. Die Resolution gab dem Präsidenten jeglichen Handlungsfreiraum bezüglich des Kampfeinsatzes in Vietnam und stellte die juristische Grundlage des Vietnamkriegs dar²⁵. Die offizielle Ankündigung des Luftkrieges ohne zeitliche Beschränkung gegen das nordvietnamesische Regime folgte am 13. Februar 1965²⁶. Die begonnenen Bombenangriffe auf Nordvietnam aus der Luft durch das amerikanische Militär reichten jedoch nicht aus, um Südvietnam ausreichend zu schützen. Aus diesem Grund ordnete Johnson schon bald den Einsatz von Bodentruppen in Südvietnam an, um offensiv die nordvietnamesische Kräfte anzugreifen und Luftangriffe gegen kommunistische Ziele in Nord- als auch Südvietnam zu starten²⁷. Da sich die Ereignisse in Vietnam nicht wie von den USA gewünscht entwickelten, wurden Johnson im Oktober 1966 zwei Denkschriften zugespielt. Die erste stammte von dem damaligen Verteidigungsminister McNamara. Er erklärte in dieser, dass der Krieg gegen Nordvietnam und die Vietcong von den Südvietnamesen selbst ausgeführt und gewonnen werden musste. Das zweite Memorandum kam von der militärischen Führung. Sie waren der Ansicht, dass allein durch Verhandlungen, wie das McNamara wünschte, der Konflikt nicht beendet werden könne und dass zudem ein Stopp der Bombardierungen in keinem Fall zu Gesprächen zwischen Nord- und Südvietnam zur Beendigung des Krieges führen könne. Doch Präsident Johnson befand sich nicht in der Lage, eine klare Entscheidung zwischen den beiden Vorschlägen zur Weiterführung des Kampfeinsatzes in Vietnam zu treffen. Dies wurde ihm bis zum Ende seiner Amtszeit zum Verhängnis, da sich die Politiker einerseits und die führenden Kräfte im amerikanischen Militär andererseits immer mehr voneinander entfernten. Da beide Möglichkeiten der weiteren Handhabung des Konfliktes durch die amerikanische Seite unter gewissen Bedingungen das Versagen der USA hätten verhindern können, wurde die Unentschlossenheit Johnsons den Amerikanern zum Verhängnis²⁸. Indessen stieg die Zahl der amerikanischen Soldaten in Vietnam von durchschnittlich 23.000 im Jahr 1964 auf eine Größe von einer halben Million im Jahr 1967²⁹. Zu einem Wendepunkt im Vietnamkonflikt kam es Anfang Februar des Jahres 1968. Es ereignete sich die sog. Tet-Offensive, ein Angriff

²³ vgl. Pozsgai, 2008, S.120.

²⁴ vgl. Frey, Marc, 1998: Geschichte des Vietnamkriegs: die Tragödie in Asien und das Ende des amerikanischen Traums. München: C.H. Beck Verlag, S.104.

²⁵ vgl. Pozsgai, 2008, S.121.

²⁶ vgl. Pozsgai, 2008, S.131.

²⁷ vgl. Mueller, 1973, S.28.

²⁸ vgl. Pozsgai, 2008, S.156f.

²⁹ vgl. Mueller, 1973, S.28.

der Kommunisten auf Südvietnam trotz der vereinbarten Feuerpause aufgrund der Feierlichkeiten des Mondneujahres. Die Offensive der nordvietnamesischen Führung überraschte sowohl Südvietnam als auch die USA und sollte einen politischen Umwälzungsprozess in den Städten Südvietnams hervorrufen³⁰. Nichtsdestotrotz verkündete Präsident Johnson am 31. März 1968, einen erneuten Waffenstillstand im Kampf gegen Nordvietnam zu vollziehen, um Verhandlungen über eine Beilegung des Konfliktes herbeizuführen³¹. Zusätzlich tat die Aufdeckung des Massakers von My Lai im November 1969, bei dem im März 1968 hunderte Zivilisten in besagtem Dorf von amerikanischen Soldaten umgebracht wurden, dem Ansehen des amerikanischen Militärs keinen Gefallen. So befand der mittlerweile ins Amt gekommene amerikanische Präsident Nixon, dass es, unter anderem auch aufgrund des erlahmten Kriegstempos, an der Zeit war, amerikanische Truppen aus Vietnam abzuziehen und den Kampf den südvietnamesischen Truppen zu überlassen³². Diese Vorgehensweise spiegelte die Strategie Nixons der ‚Vietnamisierung‘ wieder, die er bereits bei seiner Wahl im Jahr 1968 durchscheinen ließ³³. Die militärische Führung im Pentagon und in Saigon sahen die Vietnamisierung hingegen kritisch und verstanden sie als „Kapitulation auf Raten“³⁴. Das Vorgehen Nixons erwies sich jedoch als erfolgreich: in den Jahren 1970 und 1971 gelang es, den Großteil Südvietnams unter die Regierung Südvietnams unterzuordnen. Dementsprechend herrschte in den ruralen Gegenden Südvietnams Sicherheit wie seit Beginn des südvietnamesischen Staates nicht mehr³⁵. Ende 1971 entsprach die Truppenstärke des amerikanischen Militärs in Vietnam der von 1965 und amerikanische Soldaten waren nur noch selten in Bodenkämpfe involviert. Ihr Engagement zeigte sich lediglich noch in logistischer Unterstützung und in der Luft³⁶. Der Schein von Fortschritt und Sicherheit entsprach jedoch nicht der vollen Realität. Südvietnam hatte nach wie vor Probleme struktureller Natur³⁷. Schließlich kam es im Januar 1973 zu einer finalen Vereinbarung zwischen den Konfliktparteien, die letztlich im Ende der amerikanisch-vietnamesischen Auseinandersetzungen mündete³⁸. Nach Ausscheiden der amerikanischen Truppen aus dem vietnamesischen Konflikt kam es im Laufe des Jahres 1974 zu vermehrten militärischen Offensiven von Seiten der kommunistischen Gegner. Die Kommunisten

³⁰ vgl. Pozsgai, 2008, S.168f.

³¹ vgl. Pozsgai, 2008, S.174.

³² vgl. Mueller, 1973, S.32f.

³³ vgl. Berinsky, 2009, S.20.

³⁴ Frey, 1998, S.194.

³⁵ vgl. Frey, 1998, S.195.

³⁶ vgl. Mueller, 1973, S.33.

³⁷ vgl. Frey, 1998, S.195.

³⁸ vgl. Berinsky, 2009, S.20.

schafften den Vormarsch bis in den Süden und brachten somit ein großes Gebiet unter ihre Kontrolle³⁹. In der nicht sehr stabilen Militärregierung Südvietnams kam es im April 1975 zu Neuerungen. Nur neun Tage später, am 1. Mai 1975, eroberte das nordvietnamesische Militär Saigon und Südvietnams Regierungsführer General Minh kapitulierte. Ein dreißig Jahre währendender Konflikt endete mit dem Sieg der Kommunisten⁴⁰.

Der Vietnamkrieg repräsentiert ein großes Kapitel amerikanischer Geschichte⁴¹, das sich in vielen Köpfen als amerikanisches Desaster eingepägt hat. Die Kosten der USA beliefen sich auf Milliarden von Dollar, Amerika nutzte mehr Feuerkraft als im zweiten Weltkrieg insgesamt und 58.000 amerikanische Soldaten ließen ihr Leben. Zudem handelte es sich in Vietnam um die erste verlorene kriegerische Auseinandersetzung in der Geschichte Amerikas⁴². Die Auswirkungen des Krieges wirkten noch lange nach. So kam es erst Ende der 1990er Jahre zu einer vollen Normalisierung der vietnamesisch-amerikanischen Beziehungen⁴³.

2 Der Irak-Krieg

Seit Ende des Vietnamkriegs ist der Krieg im Irak ab 2003 die kontroverseste und tödlichste U.S. Militäraktion⁴⁴. Die tragischen Ereignisse des 11. September 2001 stellten den Wendepunkt amerikanischer Außenpolitik dar. Der damalige US-amerikanische Präsident George W. Bush läutete die neue Ära außenpolitischen Handelns mit seiner Antwort auf die Terroranschläge des 9/11 ein, dem ‚war on terror‘ und den raschen Vergeltungsmaßnahmen gegen die Terrororganisationen Al-Qaida und Taliban in Afghanistan⁴⁵. Bereits am 21. November 2001 ordnete Präsident Bush insgeheim beim amerikanischen Verteidigungsministerium Pläne für die Invasion des Irak an⁴⁶. Am 1. Juni 2002 folgte die Ansage Bushs in West Point, USA, eine präventive Politik im Umgang mit dem Irak zu verfolgen. Mit dieser Rede intendierte der amerikanische Präsident die Überzeugung der internationalen Gemeinschaft von den Gefahren und Bedrohungen aus dem Irak. Colin Powell, damaliger amerikanischer Außenminister, schlug im August 2002 einen neuen Kurs in der Irakpolitik Amerikas vor: Die Unterstützung durch die Vereinten Nationen und die

³⁹ vgl. Frey, 1998, S.216.

⁴⁰ vgl. Frey, 1998, S.219.

⁴¹ Vgl. Holsti, Ole R.; Rosenau, James N., 1984: American Leadership in World Affairs. Vietnam and the breakdown of consensus. London: George Allen & Unwin Ltd, S.249.

⁴² vgl. Priest, 2009, S.144.

⁴³ vgl. Priest, 2009, S.157.

⁴⁴ vgl. Gelpi, Christopher; Feaver, Peter D.; Reifler, Jason, 2009: Paying the Human Costs of War. American Public Opinion and Casualties in Military Conflicts. Princeton: Princeton University Press, S.52.

⁴⁵ vgl. Priest, 2009, S.165.

⁴⁶ vgl. Woodward, Bob, 2004: Plan of attack. New York: Simon & Schuster, S.3.

internationale Gemeinschaft. Er überzeugte Bush von der Notwendigkeit dieser Vorgehensweise, um zukünftig militärischen Erfolg und öffentliche Unterstützung zu gewährleisten. Ein multilateraler Ansatz war in den Augen Powells von größter Wichtigkeit. Dieser Ansicht waren ebenfalls die amerikanischen Bürger. Im späten Sommer und September 2002 zeigten Meinungsumfragen, dass bis zu 68 Prozent der Bevölkerung es als notwendig empfanden, eine unterstützende UN Resolution zu erhalten. Vor diesem Hintergrund hielt Bush am 12. September 2002 vor der UN, die sich inhaltlich vorwiegend auf das Thema Irak bezog⁴⁷. Der rhetorische Schwerpunkt Bushs lag auf den Aspekten der UN und der Abrüstung war ein strategisches Vorgehen der amerikanischen Regierung, um Zustimmung von den Vereinten Nationen und dem heimischen Kongress zu erhalten. Dieses Ziel erreichte Bush: Der multilaterale Fokus der Rede brachte Unterstützung der republikanischen sowie der demokratischen Abgeordneten ein. Letztere waren nun nicht mehr in der Lage, das Handeln der Regierung als unilateral zu bezichtigen⁴⁸. So kam es im Oktober 2002 im amerikanischen Kongress zur Verabschiedung einer Resolution, die für einen Regimewechsel im Irak plädierte. Mit diesem Akt endete die substantielle Rolle des Kongresses im Prozess der Kriegsvorbereitung. Die besagte Resolution des UN Sicherheitsrates richtete spezifische Forderungen an die irakische Führung. Nichtsdestotrotz stellte diese Resolution keinen ‚Blankoscheck‘ für Bush dar. Die USA mussten zustimmen, vor einer militärischen Offensive gegen den Irak erneut den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen anzurufen⁴⁹. Doch bereits Mitte Dezember 2002 verlor die US-amerikanische Regierung die Geduld, diplomatische Bemühungen aufrecht zu erhalten und beschloss trotz fehlender zweiter UN Resolution, dass ein militärischer Einsatz unausweichlich wäre, um Saddam Hussein zu entmachten⁵⁰. Kurz nachdem die dem Irak gesetzte Deadline zur Erfüllung der von der UN gesetzten Anforderungen endete, starteten die Amerikaner am 20. März 2003 die Invasion des Irak⁵¹. Der Krieg hatte begonnen. Die Invasion im März 2003 wurde als der vielleicht schlechteste Schlachtplan der amerikanischen Geschichte beschrieben⁵². Bereits am 5. April 2003, kurz nach der Invasion, stürmten die amerikanischen Truppen die irakische Hauptstadt Bagdad. Es

⁴⁷ vgl. Foyle, Douglas C., 2004: Leading the Public to War? The influence of American Public Opinion on the Bush Administration's Decision to go to War in Iraq, in: International Journal of Public Opinion Research 2004 (16), S.278f.

⁴⁸ vgl. Foyle, 2004, S.281.

⁴⁹ vgl. Foyle, 2004, S.283f.

⁵⁰ vgl. Foyle, 2004, S.285ff.

⁵¹ vgl. Pozsgai, 2008, S.288.

⁵² vgl. Ricks, Thomas E., 2006: Fiasco: The American Military Adventure in Iraq. New York: Penguin, S.115ff.

folgte der Zusammenbruch des Hussein-Regimes⁵³. Damit verbunden waren das daraufhin folgende Verbot der Baath-Partei Saddam Husseins und die Entmachtung der hohen Parteimitglieder⁵⁴. Mitte Dezember 2003 gelang den amerikanischen Soldaten ein Erfolg: Sie fassten Saddam Hussein in seinem Versteck⁵⁵. Doch schon bald lehnte die irakische Bevölkerung die amerikanische Präsenz ab. Zunächst beschränkte sich der irakische Widerstand auf Regimeanhänger der Baath Partei, später schlossen sich ebenfalls religiöse Fundamentalisten und andere Iraker an, um sich der amerikanischen Besatzung entgegenzustellen⁵⁶. Es kam vermehrt zu Anschlägen und die Sicherheitslage im Irak verschlechterte sich⁵⁷. Letztlich gipfelte der bereits für die USA nicht sehr wünschenswert verlaufende Konflikt in der Aufdeckung der Vorfälle im Abu Ghraib-Gefängnis im April 2004. Dort wurden frühere Mitglieder und Sympathisanten des Saddam-Regimes von Amerikanern gefoltert⁵⁸. Schließlich wurde im Juni 2004 rasch die Übergabe der Souveränität an den Irak vollzogen, die Amerikaner waren insgeheim jedoch nach wie vor federführend⁵⁹. So beruhigte sich die Lage auch nach der Übertragung der Souveränität nicht. Gewaltsame Opposition der Amerikaner kam nicht nur von sunnitischen und schiitischen Streitkräften im Land. Auch die Terrororganisation Al-Qaida versuchte mit allen Mitteln, die demokratischen Ziele der USA im Irak zu verhindern⁶⁰. Im Jahr 2005 kam es endlich zu einigen positiven Entwicklungen im Land, die Hoffnung auf eine bessere Wende in diesem Krieg gaben. Am 31. Januar 2005 fand die Wahl der irakischen Übergangsregierung statt, gefolgt von einem verfassungsrechtlichen Referendum im Oktober 2005 und der Wahl der Nationalversammlung im Dezember. Trotzdem hielten die Unruhen im Land an und schien weitere Präsenz amerikanischer Truppen zu erfordern⁶¹. Noch im Jahr 2008 kam es zu vermehrten Kämpfen⁶². Letztendlich blieb keine andere Wahl, als Verhandlungen der Bush- und der al-Maliki-Regierung zur Beendigung der amerikanischen Besatzung zu beginnen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war die Einigung auf den Abzug amerikanischer Truppen aus den irakischen Städten im Juni 2009 und der endgültige Abzug der amerikanischen Streitkräfte aus dem Land Ende des Jahres 2011. Eine phasenweise Reduzierung des

⁵³ vgl. Bierling, Stephan, 2010: Geschichte des Irakkriegs. Der Sturz Saddams und Amerikas Albtraum im Mittleren Osten. München: C.H.Beck oHG, S.120.

⁵⁴ vgl. Bierling, 2010, S.133.

⁵⁵ vgl. Bierling, 2010, S.145f.

⁵⁶ vgl. Berinsky, 2009, S.30.

⁵⁷ vgl. Bierling, 2010, S.141ff.

⁵⁸ vgl. Bierling, 2010, S.148.

⁵⁹ vgl. Bierling, 2010, S.156f.

⁶⁰ vgl. Bierling, 2010, S.161.

⁶¹ vgl. Berinsky, 2009, S.31.

⁶² vgl. Holsti, 2013, S.13.

amerikanischen Militärs begann 2010⁶³. Die Bilanz eines acht Jahre währenden Konfliktes: Die von den USA beabsichtigte Bekämpfung der im Irak vermuteten Terrororganisation Al-Qaida mündete letztlich in der ‚Einnistung‘ letzterer in der irakisch-sunnitischen Bevölkerung⁶⁴. Das in den Jahren des Irakkriegs geschaffene Misstrauen zwischen den verschiedenen Seiten und der nicht funktionierende irakische Staatsapparat beförderten ein politisches Klima, in dem Al-Qaida durch Terroranschläge Unsicherheit schaffen konnten. So bleibt zu sagen, dass auch nach der Wahl des irakischen Parlaments dieses Land alles andere als ein gewöhnlicher Staat ist⁶⁵.

IV Öffentliches Meinungsbild der amerikanischen Bevölkerung zu Zeiten des Vietnamkriegs

Zunächst ist zu sagen, dass der folgende Abschnitt die Meinung der amerikanischen Öffentlichkeit ab dem Jahr 1965 betrachtet, da zuvor nur wenig Wissen und Kenntnisnahme durch die amerikanische Bevölkerung in Bezug auf den Konflikt in Vietnam festzustellen ist. So verfolgten im Mai 1964 beispielsweise nur 37 Prozent die Entwicklungen in Südvietnam. Dies lag zum Teil sicher an der Geheimhaltung von Informationen über Kampfhandlungen in Vietnam vor der amerikanischen Bevölkerung⁶⁶. Es folgen drei Phasen der Entwicklung öffentlicher Meinung während des Vietnamkriegs.

1 Anfänglich starker Rückhalt der amerikanischen Bevölkerung für die heimische Regierung

Zu Beginn und im unmittelbaren Vorfeld des amerikanischen Einsatzes in Vietnam wuchs die Unterstützung der Bevölkerung in den USA im Laufe des Jahres 1965⁶⁷. Man spricht bei der anfänglich sehr hohen Zustimmung zum Handeln des Präsidenten in Konfliktsituationen von dem ‚rally-round-the-flag‘-Effekt. Ebenfalls bewirkt dieses Phänomen einen Anstieg der Popularität des Präsidenten⁶⁸. Dieser trat ebenfalls in Vietnam auf⁶⁹. Im August 1965 sprachen sich in Form der schon erläuterten ‚mistake-question‘ 61 Prozent für eine militärische Auseinandersetzung aus⁷⁰. Sowohl die Medien als auch Offizielle der amerikanischen Regierung prägten in hohem Maße ein Bild der Zustimmung zur Intervention

⁶³ vgl. Holsti, 2013, S.22.

⁶⁴ vgl. Pozsgai, 2008, S.313.

⁶⁵ vgl. Bierling, 2010, S.214.

⁶⁶ vgl. Sobel, 2001, S.33.

⁶⁷ vgl. Mueller, 1973, S.53.

⁶⁸ vgl. Mueller, 1973, S.208.

⁶⁹ vgl. Mueller, 1973, S.53.

⁷⁰ vgl. Lurch/Sperlich, 1979, S.25.

Vietnams. Von 1964 bis 1968 überwogen in der Berichterstattung deutlich die kriegsbefürwortenden Meldungen gegenüber den kriegsablehnenden Nachrichtenberichten⁷¹. Abgesehen von der Anfangseuphorie amerikanischer Bürger kam es desweiteren im Jahr 1967 zu einigen kriegsbefürwortenden Veranstaltungen. Ein Beispiel wäre die im Mai 1967 groß angelegte Zusammenkunft von Kriegssympathisanten mit dem Namen ‚We Support Our Boys‘⁷². Dabei wurde insbesondere Patriotismus mit der Unterstützung der Regierungsziele in Vietnam verknüpft. Dementsprechend verbanden die Kriegsbefürworter Anti-Amerikanismus mit den Kriegsgegnern und der Anti-Kriegsbewegung⁷³.

2 Allmähliche Spaltung der amerikanischen Bürger in ‚Hawks‘ und ‚Doves‘

Bereits im Jahr 1966 begann nach der oben genannten Phase der anfänglichen öffentlichen Unterstützung im Sinne des rally-round-the-flag-Effekts der Widerstand der amerikanischen Bevölkerung gegen die U.S. amerikanische Regierung⁷⁴. Die Zustimmung zu Johnsons Politik fiel im Juli 1967 auf unter 50 Prozent⁷⁵. Das Jahr 1967 markierte den Wendepunkt von Extraversion zu Introversion der amerikanischen Öffentlichkeit. Allmählich spaltete sich die Bevölkerung in ‚Hawks‘, die eine Eskalation des militärischen Einsatzes befürworteten, und ‚Doves‘, Befürworter eines raschen Abzugs amerikanischer Truppen aus Vietnam. Nach der Tet-Offensive Anfang 1968 überwog endgültig die Zahl der ‚Doves‘ nach langer Übermacht der Kriegsbefürworter⁷⁶. Bereits vor den tragischen Ereignissen um das vietnamesische Mondneujahresfest Tet 1968 stellte Johnson Ende 1967 fest, dass der Krieg in der Hinsicht öffentlicher Meinung fast verloren wurde und in diesem Aspekt etwas unternommen werden müsse⁷⁷.

3 Mehrheitliche Ablehnung des Kriegs bis zum Ende des Konfliktes

Wie nach dem letzten Abschnitt bereits vermutet werden kann, kippte das öffentliche Meinungsbild nach der Tet-Offensive Anfang 1968 vollends. Die Unterstützung durch die amerikanischen Bürger für den Krieg fiel auf 41 Prozent⁷⁸. Die Auswirkung der Zahl amerikanischer Todesopfer auf die öffentliche Unterstützung verdreifachte sich nach den

⁷¹ vgl. Berinsky, 2009, S.18f.

⁷² vgl. Scanlon, Sandra, 2013: The Pro-War Movement. Domestic Support for the Vietnam War and the Making of Modern American Conservatism. Amherst: University of Massachusetts Press, S.57.

⁷³ vgl. Scanlon, 2013, S.58f.

⁷⁴ vgl. Berinsky, S.19.

⁷⁵ vgl. Mueller, 1973, S.54.

⁷⁶ vgl. Sobel, 2001, S.33f.

⁷⁷ Dallek, Robert, 1998: Flawed Giant: Lyndon Johnson and His Times, 1961-1973. New York: Oxford University Press, S.485.

⁷⁸ vgl. Mueller, 1973, S.55.

tragischen Ereignissen an Tet⁷⁹. Im Herbst des Jahres 1968 betrug die Zustimmung der amerikanischen Bevölkerung zu ihrem Präsidenten lediglich 35 Prozent⁸⁰. Die Abwärtsspirale setzte sich fort. Im September 1969 unterstützten nur 30 Prozent die kriegerische Auseinandersetzung in Vietnam⁸¹. Als sogar die Nixon-Regierung sowie der Großteil der Führungsriege der Demokratischen Partei die ‚Doves‘-Position einnahmen, wurden die ‚hawks‘ eine klare Minderheit⁸². Lautstarke Opposition in Form von Protesten und Demonstrationen nahmen schon im Jahr 1965 ihren Anfang und hielten stark bis 1970 an⁸³. Besonders prägend waren dabei die im Frühjahr 1969 beginnenden Moratorien, die von einer Gruppe Anti-Kriegs-Demonstranten organisiert wurden und zu zahlreichen Demonstrationen in ganz Amerika führten⁸⁴. Öffentliche Meinung wird danach beeinflusst, wer für den Krieg und wer gegen den Krieg ist. Die Gegner des Krieges in Vietnam wurden mit Randalen, Belästigung und Gewalt verbunden und aus diesem Grund waren kriegsablehnende Demonstranten nicht sehr beliebt. Nichtsdestotrotz kann beobachtet werden, dass der Protest im generellen politischen Sinne effektiv war, da diese Form der Meinungsäußerung erfolgreich die Einstellung der Eliten und Entscheidungsträger veränderte⁸⁵. Die Kriegsgegner der amerikanischen Bevölkerung erfuhren jedoch starke Opposition durch junge Konservative. Sie bildeten die Vorreiter des kriegsbefürwortenden Aktivismus in der amerikanischen Gesellschaft⁸⁶ wie beispielsweise die Gruppe ‚Young Americans for Freedom‘ (YAF), die auf Universitätsgeländen im ganzen Land für den Krieg warben⁸⁷. In seiner berühmten ‚Great Silent Majority‘ – Rede verleumdete Nixon am 3. November 1969 die lautstarke Minderheit an Anti-Kriegs-Demonstranten. Im Gegensatz dazu bezeichnete er die breite Mehrheit der Bevölkerung als ‚silent majority‘, als stille Mehrheit amerikanischer Genossen. Die Rede erhöhte die öffentliche Zustimmung seines Umgangs mit dem Krieg und seiner Politik des phasenweisen Abzugs amerikanischer Truppen. Zugleich schwächte sie die Auswirkungen der kriegsablehnenden Proteste ab. In Zahlen gesehen bewirkte die Rede Nixons einen Aufschwung auf 77 Prozent Zustimmung zu seinem politischen Handeln durch die amerikanische Öffentlichkeit⁸⁸. Nixon beabsichtigte mit seiner Rede gar, den Umfang des

⁷⁹ vgl. Gelpi/Feaver/Reifler, 2009, S.30.

⁸⁰ vgl. Sobel, 2001, S.55.

⁸¹ vgl. Gelpi/Feaver/Reifler, 2009, S.30.

⁸² vgl. Mueller, 1973, S.108.

⁸³ vgl. Sobel, 2001, S.34.

⁸⁴ vgl. Sobel, 2001, S.56.

⁸⁵ vgl. Mueller, 1973, S.164f.

⁸⁶ vgl. Scanlon, 2013, S.63.

⁸⁷ vgl. Scanlon, 2013, S.5.

⁸⁸ vgl. Nixon, Richard M, 1978: RN: Memoirs of Richard Nixon. New York: Warner Books, S.507f.

kriegsbefürwortenden Aktivismus zu erweitern⁸⁹. Dabei stellten sich besonders patriotische Vereinigungen und Organisationen von Veteranen geschlossen hinter den Präsidenten und seinen Aufruf zur nationalen Einheit⁹⁰. Kampagnen nach Nixons bekannter Rede veränderten die Natur des Pro-Vietnam-Aktivismus. Nicht mehr die nationale Sicherheit wie zu Anfang des kriegsbefürwortenden Engagements stand im Fokus. Vielmehr betonten die Aktivisten amerikanische Aufopferung und die Werte von Pflicht und Ehre verbunden mit dem Kriegsdienst. Zudem kam es vermehrt zu Demonstrationen, die von Gewerkschaftsführern angeführt wurden und sich für den Krieg in Vietnam aussprachen. Demnach schien es, dass die Arbeiterklasse den Krieg befürwortete und die Bände mit der Demokratischen Partei abgeschwächt wurden⁹¹. Ende 1969 markierte den Höhepunkt des populären Aktivismus gegen die Anti-Kriegs-Bewegung, der seit 1967 anwuchs⁹². Die kriegsbefürwortenden Demonstrationen verteuerten in diesem Sinne den vietnamesischen Feind und deren angebliche Verbündete, die kriegsablehnenden Aktivisten⁹³. Sie gaben Nixon den viel benötigten politischen Spielraum, um den mehr und mehr unbeliebten Krieg zu verlängern⁹⁴. Nixon war jedoch bewusst, dass sich diese Unterstützung im Nachgang an das erhöhte Engagement für den Krieg in Vietnam nicht unendlich fortführen und bewahren würde⁹⁵ und die von ihm durch seine Rede und den kriegsbefürwortenden Aktivismus geschaffene öffentliche Unterstützung schnell wieder abfallen konnte⁹⁶.

Ende 1972 begriffen auch die konservativen Sympathisanten des Vietnamkonfliktes, dass der Krieg die amerikanische Gesellschaft brutalisiert hat und sie begrüßten die Friedensverhandlungen⁹⁷.

Das öffentliche Meinungsbild in der amerikanischen Bevölkerung wies Phasen hoher Unterstützung und Befürwortung des Krieges in Vietnam auf. Besonders zu Beginn des Konfliktes sowie zum späteren Zeitpunkt, in Form eines kriegsbefürwortenden Aktivismus, zeichnete sich die Zustimmung der amerikanischen Öffentlichkeit zum Krieg und dem Handeln des demokratischen Präsidenten Johnson und schließlich des republikanischen Präsidenten Nixon ab. Doch spätestens Ende 1967 und insbesondere im Nachgang an die Tet-

⁸⁹ vgl. Scanlon, 2013, S.186.

⁹⁰ vgl. Scanlon, 2013, S.125.

⁹¹ vgl. Scanlon, 2013, S.187.

⁹² vgl. Scanlon, 2013, S.196.

⁹³ vgl. Scanlon, 2013, S.202.

⁹⁴ vgl. Scanlon, 2013, S.209.

⁹⁵ vgl. Scanlon, 2013, S.240.

⁹⁶ vgl. Nixon, 1978, S.511.

⁹⁷ vgl. Scanlon, 2013, S.319.

Offensive Anfang 1968 wurde deutlich, dass die Bevölkerung kriegsmüde war und dies durch Anti-Kriegsdemonstrationen zum Ausdruck brachte. Zum Ende des Konfliktes begrüßten gar die ehemaligen Befürworter des militärischen Einsatzes in Vietnam Friedensverhandlungen. Die mehrheitliche Ablehnung der kriegerischen Auseinandersetzungen prägte demnach eine lange Phase bis zum Ende des Vietnamkriegs.

V Öffentlicher Diskurs während des Irakkriegs

Der Irakkrieg brachte mehr Meinungsumfragen hervor als jeder vorherige Konflikt⁹⁸. Nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 zeigte die amerikanische Öffentlichkeit größere Unterstützung für langfristige militärische Einsätze mit vermutlich hohen Zahlen an Kriegsgefallenen⁹⁹. Die Anschläge veränderten den Kontext öffentlicher Meinung und in fundamentaler Weise die öffentliche Einstellung, wie im Irak vorgegangen werden sollte. Nach dem 11. September stieg die Unterstützung für die Anwendung militärischer Gewalt durch amerikanische Truppen, um Iraks Diktator Saddam Hussein zu beseitigen, von 52 auf 74 Prozent im November 2001¹⁰⁰. Eine Welle des Patriotismus führte dazu, dass sogar Demokraten Ende des Jahres 2001 konservative Positionen akzeptierten. Parteilichkeit schien im direkten Anschluss an 9/11 keine übergeordnete Rolle zu spielen¹⁰¹. Im Februar 2002 plädierten 67 Prozent der amerikanischen Öffentlichkeit für militärische Gewalt gegen den Irak, um Hussein seiner Macht zu entheben und nur 24 Prozent stellten sich dem entgegen¹⁰². Die Bevölkerung ließ sich von der Rhetorik Bushs in seiner Rede vom 12. September 2002 vor der Vereinten Nationen überzeugen. So war nach Bushs Auftritt vor der UN eine deutlich größere Zahl an Bürgern davon überzeugt, dass die amerikanische Regierung ihr geplantes Vorgehen im Irak ausreichend erklärt und erläutert zu habe¹⁰³. Als die Geschehnisse sich im Dezember 2002 in Richtung eines militärischen Konfliktes mit dem Irak bewegten, bildete sich nichtsdestotrotz eine Opposition von Teilen der Gesellschaft und einer umfassenden Mehrheit der internationalen Gemeinschaft heraus. Im Januar 2003 protestierten in Washington Zehntausende gegen die Irakpolitik der amerikanischen Regierung. In den

⁹⁸ vgl. Holsti, 2013, S.11.

⁹⁹ vgl. Priest, 2009, S.165.

¹⁰⁰ vgl. Foyle, 2004, S.272f.

¹⁰¹ vgl. Berinsky, 2009, S.165.

¹⁰² vgl. Foyle, 2004, S.278.

¹⁰³ vgl. Foyle, 2004, S.282.

Meinungsumfragen blieb die Unterstützung für einen militärischen Einsatz gegen den Irak jedoch hoch, was einen Widerspruch darstellt¹⁰⁴.

Im Folgenden werden die zwei prägenden Abschnitte des öffentlichen Meinungsbildes der amerikanischen Bevölkerung zu Zeiten des Irakkriegs dargelegt. Die Anfangsphase mit dem schon im Vietnamkonflikt vorgekommenen rally-round-the-flag-Effekt könnte den eben genannten Widerspruch von Dezember 2002 erklären. Die anfänglich hohe Unterstützung der kriegerischen Auseinandersetzung im Irak musste jedoch schnell der zweiten Phase öffentlicher Meinung weichen: Der mehrheitlichen Opposition des militärischen Einsatzes Amerikas. Der Diskurs in der amerikanischen Öffentlichkeit fokussierte sich darauf, aus dem Versagen der USA in Vietnam seine Lehren zu ziehen, sodass nicht die gleichen Fehler wie zu vergangenen Zeiten wiederholt wurden¹⁰⁵.

1 Rally-round-the-flag-Effekt im direkten Vorfeld und zu Beginn des Irakkonfliktes

Zwei Tage bevor der Krieg am 20.März 2003 im Irak begann schätzte eine Umfrage, dass 70 Prozent der Öffentlichkeit den amerikanischen Schritt in den Irakkrieg unterstützte. Nur 27 Prozent stellten sich dem Einzug der USA in einen bewaffneten Konflikt mit dem Irak entgegen¹⁰⁶. Einen wesentlichen Zuwachs an Zustimmung erhielt Präsident Bush durch die amerikanische Bevölkerung nachdem er den Krieg im Irak begann. Diese Steigerung entspricht dem rally-round-the-flag-Effekt, der kennzeichnend zu Beginn von kriegerischen Auseinandersetzungen ist¹⁰⁷. Noch im April 2003 stimmten 76 Prozent der heimischen Öffentlichkeit dem Handeln Bushs in Bezug auf den Krieg im Irak zu¹⁰⁸. Auch Anfang Mai 2003 im Nachgang an Bushs Erklärung, dass nach der Einnahme Bagdads die Kampfhandlungen beendet seien, betrug die öffentliche Unterstützung der militärischen Operation nach wie vor 74 Prozent¹⁰⁹. Die Gefangennahme Saddam Husseins in seinem Versteck Mitte Dezember 2003 ließ den Optimismus über das Unterfangen im Irak weiter ansteigen. Es handelte sich dabei jedoch um ein Phänomen von kurzer Dauer¹¹⁰.

¹⁰⁴ vgl. Foyle, 2004, S.286.

¹⁰⁵ vgl. Priest, 2009, S.145.

¹⁰⁶ vgl. Foyle, 2004, S.288.

¹⁰⁷ vgl. Gelpi/Feaver/Reifler, 2009, S.54.

¹⁰⁸ vgl. Gelpi, Christopher; Feaver, Peter D.; Reifler, Jason, 2005/2006: Success Matters: Casualty Sensitivity and the War in Iraq, in: International Security 2005/2006 (30), S.8.

¹⁰⁹ vgl. Hoslti, 2013, S.12.

¹¹⁰ vgl. Holsti, 2013, S.14.

2 Schnell schwindende Unterstützung der Regierung durch U.S. Bürger

Die Unterstützung der amerikanischen Bürger begann schnell zu sinken. Schon im Verlaufe des Jahres 2003, als Aufständische sich dem amerikanischen Militär zur Wehr setzten, begann die Zustimmung der Bevölkerung zu dem Konflikt im Irak abzufallen¹¹¹. Dies könnte unter anderem damit zusammenhängen, dass die Bemühungen der amerikanischen Regierung, öffentliche Unterstützung für den Krieg im Irak aufrechtzuerhalten bereits Ende 2003 an Effektivität einbüßten¹¹². Kriegsbefürwortende Einstellungen in der amerikanischen Öffentlichkeit gingen im Laufe des Jahres 2004 allmählich zurück¹¹³. Ein Grund dafür könnte u.a. der fehlende Beweis für Massenvernichtungswaffen im Irak sein, eine Unterstellung, die die amerikanische Regierung zuvor zu einem der offiziellen Kriegsgründe gegen den Irak erklärte. Mit dem Mangel an Nachweisen für die Existenz dieser Waffen im Land und der Verschlechterung der Situation im Irak begann die öffentliche Meinung schließlich zu schwinden. Im April 2004 waren nur noch 47 Prozent der Befragten der Ansicht, dass die USA mit dem Krieg im Irak das Richtige taten. Noch im Dezember 2003 waren 63 Prozent von dem Vorgehen der amerikanischen Regierung überzeugt¹¹⁴. Damit zusammenhängen könnte die Offenlegung des Abu Ghraib – Skandals im April 2004. So fiel die Zustimmung zu Bushs Auftreten im Irak durch die Aufdeckung des Folterskandals um geschätzte 6,1 Prozentpunkte¹¹⁵. Abgesehen von einer kurzen Welle des öffentlichen Optimismus im Nachgang der Wahlen im Irak im Januar 2005¹¹⁶ sank die Zustimmung durch die amerikanische Öffentlichkeit zu dem militärischen Einsatz im Irak Mitte des Jahres 2005 auf unter 50 Prozent¹¹⁷. Zu dieser Zeit war die kurze Euphorie, die zu Beginn des Jahres 2005 herrschte, bereits verflogen und nur noch wenige waren optimistisch, was den Konflikt im Irak anbelangte¹¹⁸. Die Entwicklung öffentlicher Meinung in den USA entwickelte sich weiter abwärts. Im Herbst 2005 sprachen sich nur noch 30 Prozent für das Vorgehen Bushs im Irak aus, ganz zu schweigen von den Einstellungen der internationalen Gemeinschaft¹¹⁹. Die meisten Amerikaner, die an Meinungsumfragen von Pew, CBS News und New York Times teilnahmen, zweifelten an der Richtigkeit des militärischen Einsatzes¹²⁰. Aufgrund der

¹¹¹ vgl. Holsti, 2013, S.13.

¹¹² vgl. Holsti, 2013, S.28.

¹¹³ vgl. Holsti, 2013, S.13.

¹¹⁴ vgl. Foyle, 2004, S.290f.

¹¹⁵ vgl. Voeten, Erik; Brewer, Paul R., 2006: Public Opinion, the War in Iraq, and Presidential Accountability, in: *The Journal of Conflict Resolution* 2006 (50), S.822f.

¹¹⁶ vgl. Gelpi/Feaver/Reifler, 2005/2006, S.9.

¹¹⁷ vgl. Holsti, 2013, S.13.

¹¹⁸ vgl. Holsti, 2013, S.15.

¹¹⁹ vgl. Bierling, 2010, S.167.

¹²⁰ vgl. Holsti, 2013, S.13.

schlechten Umfragewerte Ende des Jahres 2005 startete Präsident Bush im November 2005 seine PR-Kampagne ‚Victory in Iraq‘, um die amerikanische Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass das U.S. Unterfangen im Irak erfolgreich sein würde. Teil dieses Projekts war eine großangelegte Rede, in der Bush erklärte, dass die USA durchaus eine effektive Strategie verfolgten, um den Krieg im Irak zu gewinnen. Der Erfolg dieser Regierungsbemühungen lässt jedoch zu wünschen übrig. Es gibt kaum Hinweise in den Umfragedaten, dass die Aktionen Bushs im November 2005 große Teile der Öffentlichkeit überzeugten, über die Entwicklungen im Irak hinwegzusehen¹²¹. Ein Jahr später bei den Kongresswahlen im November 2006 waren nach wie vor 70 Prozent der amerikanischen Bürger der Ansicht, dass die Irakpolitik unbefriedigend sei¹²². Die Zahl der Optimisten in der U.S. amerikanischen Gesellschaft sank weiter. So erklärten Mitte 2007 nur 25 Prozent der Befragten hinsichtlich der weiteren Entwicklung im Irak optimistisch zu sein¹²³. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung schlug sich in Anti-Kriegsdemonstrationen nieder. Am 15. September 2007 protestierten nach Medienangaben Tausende in Washington D.C.¹²⁴. Auch im Februar 2008 lehnte eine erhebliche Mehrheit der amerikanischen Bürger die Legitimität der USA ab, gegen den Irak militärisch aktiv geworden zu sein und sahen den Konflikt als Fehler an¹²⁵. Nichtsdestotrotz bewies das öffentliche Meinungsbild im Jahr 2008, dass extreme Ansichten in der Öffentlichkeit, seien sie militant kriegsablehnend oder – befürwortend, marginale Positionen im öffentlichen Diskurs bleiben. Demnach waren 2008 nur einige der stärksten Kriegsgegner für einen sofortigen Abzug der amerikanischen Truppen aus dem Irak. Die Ansichten der Öffentlichkeit spiegelten diese Entwicklung wieder. Die meisten zeigten sich zwiespältig, was die Bedingungen für den Abzug des amerikanischen Militärs aus dem Irak anging¹²⁶.

Zusammenfassend lässt sich über das öffentliche Meinungsbild in der amerikanischen Bevölkerung sagen, dass in diesem Konflikt die anfänglich hohe Unterstützung durch die Bürger für den Krieg in Form des rally-round-the-flag-Effekts schnell abfiel. Schon nach ein paar Monaten der Auseinandersetzungen im Irak bildete sich in der amerikanischen Gesellschaft eine mehrheitliche Ablehnung der Kampfhandlungen, die bis zum Ende des

¹²¹ vgl. Holsti, 2013, S.15f.

¹²² vgl. Bierling, 2010, S.176.

¹²³ vgl. Holsti, 2013, S.16.

¹²⁴ vgl. Dimaggio, Anthony, 2009: When Media goes to war. Hegemonic Discourse, Public Opinion, and the Limits of Dissent. New York: Monthly Review Press, S.63.

¹²⁵ vgl. Holsti, 2013, S.23.

¹²⁶ vgl. Gelpi/Feaver/Reifler, 2009, S.131.

Krieges anhielt. Diese negative Einstellung der Bürger führte in den Meinungsumfragen zu niedrigen Werten wie nie zuvor.

VI Ein Diskurs über die meinungsbildenden Faktoren

Die Thematik öffentlicher Meinung ist geprägt von einem Diskurs über die Faktoren, die das Meinungsbild der Öffentlichkeit im Verlauf und der Entstehung beeinflussen. Ein Autor wie Mueller erwägt beispielsweise andere Einflüsse als maßgebend für den öffentlichen Diskurs als Autoren wie Gelpi, Feaver, Reifler und Larson. Zudem folgen im kommenden Abschnitt dieser Arbeit weitere Faktoren, die nach Auffassung der vorliegenden Arbeit prägend für die Entstehung und die Entwicklung öffentlicher Meinung sind.

Zunächst sollte nicht unbeachtet bleiben, dass die Öffentlichkeit in außenpolitischen Fragen in drei Gruppen aufgeteilt werden kann: die breite Öffentlichkeit („mass public“), die aufmerksame Öffentlichkeit („attentive public“) und die informierte und einflussreiche Elite. Die Meinungen der verschiedenen Gruppen beeinflussen mit unterschiedlichem Gewicht die Politik¹²⁷. Die aufmerksame Öffentlichkeit stellt vermutlich circa zehn Prozent der Bevölkerung dar. Sie ist in höherem Maße dazu geneigt, am Prozess der Meinungsbildung teilzunehmen¹²⁸. Dieser Teil der Bevölkerung setzt sich aus Individuen zusammen, die in politischer Hinsicht am belesensten sind und aus diesem Grund am ehesten politische Mitteilungen und Signale empfangen und entsprechend ihrer persönlichen politischen Neigung annehmen können¹²⁹. Faktische Kenntnis und Wissen von politischen Belangen sind wichtige Mittel für den Empfang und Umgang mit politischer Rhetorik¹³⁰. Der Grad an Wissen beeinflusste im Vietnamkrieg gar die Richtung und politische Neigung der Antworten in Meinungsumfragen. Erhöhte man damals das Informationsniveau eines Auskunftgebenden von „keine Information“ auf „hohe Information“ über die aktuelle Situation, so nahm die Wahrscheinlichkeit einer „Dove“ – Antwort, die eine Deeskalation des Konfliktes befürwortete, ab¹³¹. Die Gruppe der (politischen) Eliten ist im Vergleich zur aufmerksamen Öffentlichkeit zusätzlich politisch vernetzt und so in der Lage, den politischen Prozess stärker zu beeinflussen¹³². Die Verbindung von politischer Elite und dem aufmerksamen Bevölkerungsteil kann wie folgt verstanden werden: die Wahrnehmung der Politiker von den

¹²⁷ vgl. Sobel, 2001, S.12.

¹²⁸ vgl. Rosenau, James R., 1961: Public Opinion and Foreign Policy. New York: Random House, S.35ff.

¹²⁹ vgl. Berinsky, 2009, S.67.

¹³⁰ vgl. Berinsky, 2004, S.113.

¹³¹ vgl. Berinsky, 2004, S.115.

¹³² vgl. Sobel, 2001, S.23.

Einstellungen ihrer Wählerschaft wird stark durch den Kontakt mit dem aktiveren Teil der Bevölkerung geprägt¹³³.

Neben der Unterscheidung verschiedener Teile der Gesellschaft muss im Diskurs um die öffentliche Meinung einem weiteren Aspekt Beachtung geschenkt werden. Grundsätzlich unterstützt die Öffentlichkeit militärische Interventionen gegen Angriffe von außen, jedoch keine militärischen Einsätze in Bürgerkriegen mit Ausnahme von Bürgerkriegen mit maßgeblich humanitärer Komponente¹³⁴. Die Öffentlichkeit unterscheidet demnach nach der Natur und dem Grund des Konfliktes bei der Erwägung ihrer Einstellung.

So sollte im folgenden Punkt der Arbeit der Entstehung und Beeinflussung des öffentlichen Meinungsbildes durch verschiedene Faktoren die prinzipielle Unterteilung der Gesellschaft sowie die Unterscheidung nach der Natur des Konfliktes vorangestellt werden.

1 Zahl der gefallenen amerikanischen Soldaten – ‚casualties‘

Maßgebend für die öffentliche Unterstützung eines Krieges ist laut Autoren wie Mueller und anderen die Zahl der gefallenen Soldaten in einem Konflikt. Mueller stellte fest, dass die Zustimmung der Öffentlichkeit zu kriegerischen Auseinandersetzungen in auffallendem Maße dem gleichen Entwicklungsmuster folgt. So ist die Unterstützung eines Krieges durch die Öffentlichkeit eine Funktion des Logarithmus der Zahl amerikanischer Kriegsgefallener¹³⁵. Zu beachten sei aber, dass für die Meinung amerikanischer Öffentlichkeit die Verluste amerikanischer Leben von Bedeutung sind, nicht die der gegnerischen Seite¹³⁶. Die Umfragedaten aus Vietnam brachten hervor, dass öffentliche Unterstützung durch die amerikanischen Bürger mit der Länge und den Kosten - auch humanitären - des Krieges abnimmt. Jedoch vollzieht sich der Abfall öffentlicher Zustimmung in frühen Phasen des Konfliktes schneller und langsamer zum Ende des Konfliktes¹³⁷. Dies hängt damit zusammen, dass die Öffentlichkeit empfindlich auf relativ kleine Verluste in frühen Abschnitten des Krieges reagiert, jedoch nur auf eine höhere Zahl gefallener amerikanischer Soldaten zu späteren Zeitpunkten des Konfliktes¹³⁸. Der 11.September 2001 kann aber als Auslöser der Umgestaltung der bisherigen Feststellungen in dieser Hinsicht festgemacht werden, da die amerikanische Öffentlichkeit seit diesem Zeitpunkt in höherem Maße gewillt ist, militärische

¹³³ vgl. Sobel, 2001, S.21.

¹³⁴ vgl. Sobel, 2001, S:18.

¹³⁵ vgl. Mueller, 1973, S.266.

¹³⁶ vgl. Mueller, 2005, S.50.

¹³⁷ vgl. Mueller, 1973, S.266.

¹³⁸ vgl. Mueller, 1973, S.62.

Verwundete sowie präventives Vorgehen hinzunehmen¹³⁹. Als sich der Irakkrieg jedoch im Gange befand, und die amerikanische Bevölkerung wachsende Anzeichen dafür fand, dass das U.S. Militär mehr als nur ein paar Opfern zu verzeichnen hatte¹⁴⁰, sank die Zustimmung der Bevölkerung zu dem Konflikt im Irak¹⁴¹. Kann also trotz der transformativen Wirkung der Terroranschläge des 11. September in Bezug auf die Akzeptanz von Kriegsgefallenen durch die amerikanische Bevölkerung eine früher oder später auftretende Verbindung öffentlicher Unterstützung mit der Zahl der Todesopfer in einem Konflikt festgestellt werden? Grundsätzlich wird angenommen, insbesondere unter politischen Entscheidungsträgern, dass die Öffentlichkeit „casualty phobic“¹⁴² ist, zu deutsch – phobisch in Bezug auf menschliche Verluste reagiert¹⁴³. Dabei ist die öffentliche Toleranz für Kriegsverluste so niedrig, dass sogar kleine Zahlen an Gefallenen in der Geschichte zum Wegfall öffentlicher Unterstützung für einen militärischen Einsatz führten¹⁴⁴. Die Verbindung zu der vorab genannten und zu treffenden Unterscheidung der Natur des Konfliktes liegt nahe: Auskunftgebende nahmen das Risiko des Verlusts amerikanischer Menschenleben hin, wenn (neue) nationale Prioritäten wie die Verbreitung von Demokratie und Menschenrechten, die Verteilung von Massenvernichtungswaffen zu stoppen sowie Terrorismus zu bekämpfen¹⁴⁵. Wie eben im Zuge der Bedeutung des 11. September aber bereits festgestellt, ist diese Toleranz nicht grenzen- und zeitlos. Ein weiterer Indikator für das Maß an Toleranz, welches der Zahl von heimischen Kriegsoptionen entgegen gebracht wird, ist der mögliche Erfolg der militärischen Operation.

2 Amerikanische Erfolgchancen im Krieg – ‚perception of success‘

Der Faktor Erfolg ist nach Ansicht der Autoren Gelpi, Feaver, Reifler und Larson nicht nur für die Akzeptanz von Kriegsverlusten durch die Bevölkerung maßgebend. Vielmehr sehen sich die erwähnten Autoren im Diskurs mit Mueller. Sie sind der Auffassung, dass nicht die Zahl der Kriegsgefallenen, sondern vielmehr die Aussicht auf amerikanischen Erfolg im Krieg, als auch das rationale Kosten-Nutzen-Denken der Bevölkerung – aufgegriffen von Eric Larson – die prägendsten Faktoren im Prozess öffentlicher Meinungsbildung sind.

¹³⁹ vgl. Foyle, 2004, S.274.

¹⁴⁰ vgl. Holsti, 2013, S.19.

¹⁴¹ vgl. Holsti, 2013, S.23.

¹⁴² Feaver, Peter D.; Gelpi, Christopher, 2004: Choosing your Battles. American civil-military relations and the use of force. Princeton: Princeton University Press, S.105.

¹⁴³ vgl. Feaver/Gelpi, 2004, S.105.

¹⁴⁴ vgl. Gelpi/Feaver/Reifler, 2009, S.8.

¹⁴⁵ vgl. Feaver/Gelpi, 2004, S.144.

Zunächst folgt das Kosten-Nutzen-Argument. Berinsky beschreibt Larsons Überlegungen wie folgt: je bedeutender die wahrgenommenen Beteiligungen, je klarer die Ziele und Absichten und je höher die Erfolgswahrscheinlichkeit, desto größer ist die Unterstützung der Öffentlichkeit für den Krieg¹⁴⁶. Eric Larson setzt eine Differenzierung der öffentlichen Bereitschaft, Todesopfer hinzunehmen, voraus. Diese Differenzierung basiert auf den Vorzügen jedes einzelnen Falles¹⁴⁷. So kalkulieren Befragte in Meinungsumfragen sorgfältig und rational die Vorzüge spezifischer militärischer Unterfangen bevor sie ein Urteil über ihre Toleranzgrenze an Kriegsgefallenen fällen¹⁴⁸. Es werden demnach mögliche Nutzen des Konflikts und die Wahrscheinlichkeit, dass die Regierung diese Vorteile erzielen wird, abgewogen¹⁴⁹. Gemäß diesen Argumenten passt sich die öffentliche Meinung der persönlichen Abwägung der Vorzüge, Kosten und den Erfolgchancen der Bürger an. Maßgebend für die Entwicklung und Entstehung des öffentlichen Meinungsbildes ist demnach das rationale Kosten-Nutzen-Denken.

Dem untergeordnet werden kann auch der meinungsbildende Faktor des Erfolgs, genauer gesagt, der Erfolgswahrscheinlichkeit. Wie bereits im vorherigen Absatz erwähnt hängt die öffentliche Unterstützung eines militärischen Konfliktes durch die Bevölkerung von ihrer Auffassung der Erfolgchancen in diesem Krieg ab. Je höher also die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Erfolges, desto größer die Unterstützung durch die heimischen Bürger. Holsti bringt ein passendes Beispiel für dieses Argument hervor. Trotz Höchstwerten an U.S. Kriegsgefallenen im Jahr 2007, stieg die öffentliche Zustimmung der Bevölkerung zum Irakkonflikt im Herbst und Winter des Jahres 2007 an. Die offensichtliche Erfolgswelle des amerikanischen Militärs in der Eindämmung der Gewalt Ende 2007 und Anfang 2008 hatte deutliche Auswirkungen auf die Einschätzungen und Bewertungen durch die amerikanischen Bürger. Es kam zu einem Zuwachs an öffentlicher Unterstützung für das kriegerische Unterfangen von 10 Prozent. Die Einschätzungen der Bevölkerung über die Wichtigkeit und den Erfolg der militärischen Operation sind ausschlaggebend. Als die Stichhaltigkeit und die Beweiskraft von Washingtons Behauptungen im Anschluss an die Einnahme Bagdads weder überzeugend belegt noch widerlegt wurden, war eine nach wie vor überwältigende Mehrheit der Auskunftgebenden der Auffassung, dass die Vereinigten Staaten als Konsequenz der

¹⁴⁶ vgl. Berinsky, 2009, S.63.

¹⁴⁷ vgl. Larson, Eric V., 1996: *Casualties and Consensus: The Historical Role of Casualties in Domestic Support for U.S. Military Operations*. Santa Monica, Calif.: Rand, S.99f.

¹⁴⁸ vgl. Feaver/Gelpi, 2004, S.181.

¹⁴⁹ vgl. Gelpi/Feaver/Reifler, 2009, S.164.

erfolgreichen Invasion des Irak sicherer waren als zuvor¹⁵⁰. Da es also keinen Anlass gab, an dem Erfolg und der Legitimität des Konfliktes zu zweifeln und die Regierung dazu keine Aussagen machte, war weiterhin die Unterstützung der amerikanischen Gesellschaft gewährleistet. Kam es jedoch wahrhaftig zu Erfolgen des amerikanischen Militärs, so stieg die öffentliche Zustimmung und Akzeptanz von menschlichen Verlusten. So befanden im direkten Nachgang an die Eroberung Bagdads und die Amtsenthebung des Baath-Regimes 70 Prozent der Befragten die Irakinvasion als ihre Kosten wert¹⁵¹. Wie im vorangegangenen Abschnitt über den Einfluss der Kriegsgefallenen auf die Zustimmung zum Konflikt bereits aufgezeigt, steigt die Toleranz und Akzeptanz von amerikanischen Todesopfern durch die Bevölkerung je höher die Erfolgchancen des militärischen Einsatzes sind¹⁵². Im Gegensatz dazu steigt der Einfluss von Kriegsgefallenen auf die öffentliche Unterstützung, wenn ein militärischer Erfolg unwahrscheinlich erscheint. Als die Wahrscheinlichkeit eines Erfolges im Vietnamkrieg nach der Tet-Offensive im Jahr 1968 sank, verdreifachte sich die Auswirkung der Zahl gefallener amerikanischer Soldaten auf die öffentliche Zustimmung zum Vietnamkonflikt. Die Öffentlichkeit verlangt nach Ansicht der Autoren Feaver und Gelpi Erfolg in Zeiten militärischer Auseinandersetzungen¹⁵³. Von größter Bedeutung sind demnach die Erfolgserwartungen der Bevölkerung. Faktoren wie die Kosten, sowohl humanitäre als auch finanzielle, die Vertrauenswürdigkeit und die Zuverlässigkeit der Regierung und die Natur des öffentlichen Konsenses in außenpolitischen Belangen und Zielen wirken sich auf Erfolg aus, bestimmen und formen ihn¹⁵⁴. Die amerikanische Bevölkerung ist also entgegen der Meinung Muellers und vieler anderer Wissenschaftler und politischer Entscheidungsträger vielmehr „defeat phobic“¹⁵⁵ – d.h. reagiert phobisch auf Niederlagen – als wie vorher geschildert ‚casualty phobic‘¹⁵⁶. Feaver und Gelpi sind sich ihrer Annahmen sicher und wagen gar die Aussage, dass ihre Ergebnisse stabil und widerstandsfähig sind und sogar die Entwicklungen der Post-9/11-Periode erklären können¹⁵⁷. Der machtvolle Mythos, dass die Amerikaner seit dem Vietnamkrieg vor jeglichen menschlichen Verlusten in Kriegssituationen zurückschrecken, spiegelt sich in den Augen der beiden Autoren nicht in den Meinungsumfragen der amerikanischen Öffentlichkeit wieder¹⁵⁸. Zusammenfassend lässt

¹⁵⁰ vgl. Holsti, 2013, S.16f.

¹⁵¹ vgl. Holsti, 2013, S.18.

¹⁵² vgl. Feaver/Gelpi, 2004, S.133.

¹⁵³ vgl. Feaver/Gelpi, 2004, S.139.

¹⁵⁴ vgl. Gelpi/Feaver/Reifler, 2009, S.2.

¹⁵⁵ Feaver/Gelpi, 2004, S.136.

¹⁵⁶ vgl. Feaver/Gelpi, 2004, S.136.

¹⁵⁷ vgl. Feaver/Gelpi, 2004, S.187.

¹⁵⁸ vgl. Feaver/Gelpi, 2004, S.148.

sich demnach feststellen, dass die Komponente ‚Erfolg‘ wesentlich für die Entwicklung und den Verlauf öffentlicher Meinung ist. Letztlich zählt, nach Ansicht nicht weniger Autoren, die rationale Kalkulation der Bürger, um einem kriegerischen Konflikt seine Unterstützung zuzusagen.

3 Wahrnehmung der Legitimität des Konfliktes

Ein weiterer einflussreicher Faktor für die Entwicklung des öffentlichen Meinungsbildes ist die Wahrnehmung und Auffassung der kriegerischen Auseinandersetzung als legitim und richtig. Unterstützung durch die Bevölkerung für die Weiterführung oder die Lancierung eines militärischen Einsatzes trotz steigender Verluste eigener Soldaten hängt mit zwei zugrunde liegenden Haltungen zusammen: Zum einen die Erfolgserwartungen der militärischen Operation und der Glaube an die anfängliche Richtigkeit und Legitimität der Entscheidung, den Krieg zu beginnen. Ein weiteres Mal tritt neben der öffentlichen Auffassung der Richtigkeit des Konfliktes der Aspekt des Erfolges in der Debatte um die meinungsbildenden Faktoren öffentlicher Meinung hervor. Damit zusammenhängend spielt die Wahrnehmung, wie korrekt die ursprüngliche Entscheidung war, eine kriegerische Auseinandersetzung aufzunehmen, eine Rolle in der Hinnahme menschlicher Kosten in einem Konflikt. Obwohl die Erfolgserwartungen in noch höherem Maße das Bild öffentlicher Meinung in Kriegen beeinflussen¹⁵⁹, ist ebenso das Legitimitätsempfinden eines Konfliktes, wie in diesem Abschnitt ausgeführt, ein wichtiger und einflussreicher Faktor der öffentlichen Meinungsbildung.

4 Parteinahme, Zustimmung zum Präsidenten und die Beeinflussung durch politische Eliten

Bedeutend für den Verlauf und das Bild öffentlicher Meinung in der amerikanischen Bevölkerung sind die Faktoren der Parteinahme, der Zustimmung zum und der Einwirkungen durch den Präsidenten sowie des Einflusses politischer Eliten.

Zunächst die Parteinahme, oder wie sie in der englischsprachigen wissenschaftlichen Literatur genannt wird „partisan leanings“¹⁶⁰ oder „partisanship“ ganz generell. Betrachten die Befragten die Ereignisse im Irak, sei es der Anstieg der menschlichen Verluste oder Bündnisse zwischen der irakischen Regierung und terroristischen Organisationen, so

¹⁵⁹ vgl. Gelpi/Feaver/Reifler, 2009, S.20f.

¹⁶⁰ Berinsky, 2009, S.78.

gebrauchen sie dafür ihre parteilichen Neigungen in Form eines Filters¹⁶¹. Der Irakkonflikt wies in Berinskys Meinungsumfrage im Jahr 2004 je nach Parteizugehörigkeit unterschiedlich hohe Zustimmung zu dem Konflikt auf. Die Kluft zwischen der Unterstützung des Krieges durch Demokraten und durch Republikaner betrug fast 50 Prozentpunkte. Sie berechnete sich gar auf 70 Prozentpunkte, wenn man die Haltung extremer Parteianhänger verglich¹⁶². Ebenso wurden Erfolgserwartungen je nach parteilicher Neigung völlig anders beurteilt. So waren im Dezember 2005 82 Prozent der Republikaner der Meinung, dass die USA den Krieg im Irak gewinnen werden, jedoch befanden dies nur 29 Prozent der Demokraten¹⁶³. Verbindet man die Aspekte Information, Erfolg und Parteiidentifikation, so lässt sich folgende Konstellation festhalten: Erhöhen sich politische Informationen unter Republikanern, so vergrößern sich ihre Schätzungen eines möglichen Erfolgs der militärischen Operation. Betrachtet man jedoch sich vergrößernde politische Informationen unter Demokraten, so sind abfallende Erfolgserwartungen zu erkennen. Diese Entwicklung im Vergleich der beiden Parteien und Parteienanhänger spiegelt die politischen Spaltungen wieder, die innerhalb der Umfragen hinsichtlich der Unterstützung für den Konflikt festgestellt wurden¹⁶⁴. Im Vietnamkrieg kam es zu einem Parteienwechsel im Präsidentenamt während des Konfliktes. Als der Demokrat Johnson das Amt inne hatte, unterstützten Demokraten in höherem Maße den Krieg als die Republikaner. Als aber das Präsidentenamt auf den Republikaner Nixon übertrat sank die Zustimmung zum Konflikt der Demokraten unter die der Republikaner. Anhänger und Mitglieder der republikanischen Partei stimmten dem Vietnamkrieg nun mehr zu als ihre demokratischen Kollegen¹⁶⁵. Es ist demnach die parteiliche, und weniger die ‚hawk-dove‘ - Achse, die die Unterstützung oder Opposition des Krieges erklärt¹⁶⁶. Wie aber bei dem eben genannten Parteienwechsel in der politischen Führung zu Zeiten des Vietnamkriegs deutlich wurde, kommt auch der Zustimmung und Anerkennung des Präsidenten eine wesentliche Rolle zu. Die Befürwortung des Präsidenten trägt zu einem günstigen oder ungünstigen Meinungsklima bei. Dabei erhalten beliebte Präsidenten in der Regel leichter und schneller öffentliche Unterstützung für bestimmte Angelegenheiten als unbeliebte Amtsinhaber¹⁶⁷. An dieser Stelle sollte jedoch der „coalition-of-minorities“ – Effekt¹⁶⁸ angebracht werden, der eine generelle Abwärtstendenz der Beliebtheit eines Präsidenten bei andauernder Amtszeit

¹⁶¹ vgl. Berinsky, 2009, S.78.

¹⁶² vgl. Berinsky, 2009, S.100.

¹⁶³ vgl. Berinsky, 2009, S.103.

¹⁶⁴ vgl. Berinsky, 2009, S.105.

¹⁶⁵ vgl. Berinsky, 2009, S.115.

¹⁶⁶ vgl. Mueller, 1973, S.117.

¹⁶⁷ vgl. Sobel, 2001, S.15.

¹⁶⁸ Mueller, 1973, S.267.

bewirkt¹⁶⁹. Die politische Führung ist aber grundsätzlich in der Lage, die Öffentlichkeit zu überzeugen und ihrer Ansicht nach kann öffentliche Meinung geändert und geformt werden¹⁷⁰. Die klare Haltung der Bush-Regierung im Irakkrieg sowie die generelle Einheit der republikanischen Partei gaben der Bevölkerung einen Leitfadens bezüglich ihrer Einstellung dem Konflikt gegenüber¹⁷¹. So bestand in der zwischen 9/11 und 2003 fast zwei Jahre währenden Phase eine hohe Übereinstimmung zwischen der politischen Linie der Regierung und der öffentlichen Meinung hinsichtlich des Iraks¹⁷². Um einen Abfall öffentlicher Unterstützung für eine militärische Mission zu verhindern, können und müssen politische Führungspositionen die öffentliche Meinung mobilisieren und ihr politisches Kapital aufwenden, um Unterstützung für den Konflikt aufzubauen. Mangelt es an solchen Bemühungen der politischen Führung, ist es angemessen von einem Abfall öffentlicher Zustimmung auszugehen¹⁷³. Demnach wird der Einfluss der Politik auf das öffentliche Meinungsbild deutlich. Eine maßgebliche Rolle kommt dabei neben dem Präsidenten und der politischen Führung der politischen Elite im Allgemeinen zu. Insbesondere der Diskurs unter den Eliten prägt die Entwicklung und die Entstehung öffentlicher Meinung in der Bevölkerung. Dieser elitäre Diskurs ermöglicht den gewöhnlichen Bürgern ihre vielen und eventuell gegensätzlichen Neigungen zu kohärenten Haltungen und Einstellungen zu verbinden. Nichtsdestotrotz bewirkt dieser Diskurs keine Wunder. Er kann nicht schlichtweg politische Haltungen und Meinungen schaffen. Der zugrunde liegende Ausgleich der Neigungen in der breiten Bevölkerung prägt die öffentliche Meinung und ihre Entstehung. Bei diesen Neigungen handelt es sich um die Bedürfnisse, Anforderungen und Sehnsüchte von Individuen. Sie bilden die Bausteine von Meinungen. Elitäre Rhetorik kann Meinung lenken und leiten, indem sie den Menschen hilft, eine politische Stimme für ihre grundlegenden Neigungen zu finden¹⁷⁴. Aus dem Gleichgewicht von Umfang und Auffälligkeit der elitären Rhetorik zu bestimmten Angelegenheiten kann die öffentliche Meinung in der sich daraus ergebenden politischen Weise geformt werden¹⁷⁵. Betrachtet man den Vietnamkrieg, so stand die amerikanische Regierung vereint hinter einer Intervention befürwortenden Strategie. Die Kommunikation der Eliten war bis in die Mitte der 60er Jahre in starker Weise von dieser politischen Denkweise geprägt. Folgt man also der vorher

¹⁶⁹ vgl. Mueller, 1973, S.267.

¹⁷⁰ vgl. Foyle, 2004, S.277.

¹⁷¹ vgl. Berinsky, 2009, S.102.

¹⁷² vgl. Holsti, 2013, S.25.

¹⁷³ vgl. Feaver/Gelpi, 2004, S.197.

¹⁷⁴ vgl. Berinsky, 2004, S.27f.

¹⁷⁵ vgl. Berinsky, 2004, S.124.

erklärten Theorie über den Einfluss des elitären Diskurses auf die öffentliche Meinung, so sollte das öffentliche Meinungsbild während der ersten Jahre des Krieges stark pro-interventionistisch gefärbt sein. Sowohl pro- als auch anti-interventionistische Ansichten wurden im öffentlichen Diskurs repräsentiert, als die Rhetorik der Eliten im Verlauf des Konfliktes zunehmend von beiden Argumentationssträngen durchzogen war. Die Ausrichtung öffentlicher Meinung passte sich dem elitären Diskurs an¹⁷⁶. Es vollzieht sich ein beachtlicher Wandel öffentlicher Meinung, wenn Führungspositionen ihre Politik in erheblicher Weise verändern¹⁷⁷. So ist es auch bei auseinandergender Meinung unter politischen Eliten zu beobachten. Der informierte Teil der Gesellschaft, genauer gesagt – die schon erörterte aufmerksame Öffentlichkeit – wird diese Spaltung innerhalb der Eliten widerspiegeln¹⁷⁸. Die Unterschiede, die im elitären Diskurs auftreten, werden in den individuellen Meinungen dem Konflikt gegenüber reflektiert¹⁷⁹. Der Abfall öffentlicher Unterstützung für den Vietnamkrieg durch die Bevölkerung ist durch den Wandel des elitären Diskurses im Verlauf der 1960er Jahre zu erklären¹⁸⁰.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das öffentliche Meinungsbild der amerikanischen Bevölkerung in hohem Maße durch die parteilichen Neigungen der Bürger, ihre Zustimmung zum Staatsoberhaupt und durch den Diskurs innerhalb der Eliten beeinflusst wird. Die öffentliche Meinung entwickelt sich vor allen Dingen entlang parteilicher Linien.

5 Demographische Faktoren

Die demographischen Faktoren beeinflussen ebenso die öffentliche Meinung und Meinungsbildung. Je nach Geschlecht, Alter und Hautfarbe kommt es zu Unterschieden in der Haltung und Einstellung gegenüber kriegerischen Auseinandersetzungen.

Im Vietnamkrieg vertraten Frauen in höherem Maße als Männer die Ansicht, dass die amerikanischen Truppen aus dem Land abgezogen werden sollten¹⁸¹. Hingegen sind Männer tendenziell mehr dazu geneigt, eine Politik der Eskalation zu unterstützen¹⁸².

¹⁷⁶ vgl. Berinsky, 2004, S.107f.

¹⁷⁷ vgl. Mueller, 1973, S.267.

¹⁷⁸ vgl. Berinsky, 2009, S.67.

¹⁷⁹ vgl. Berinsky, 2009, S.103.

¹⁸⁰ vgl. Berinsky, 2009, S.68.

¹⁸¹ vgl. Lunch/Sperlich, 1979, S.34.

¹⁸² vgl. Verba, Sidney; Brody, Richard A.; Parker, Edwin B.; Nie, Norman H.; Polsby, Nelson W.; Ekman, Paul; Black, Gordon S., 1967: Public Opinion and the War in Vietnam, in: The American Political Science Review 1967 (61), S.325.

Ältere und gebildete Befragte stehen der Anwendung von Waffengewalt ablehnender gegenüber, da sie skeptisch sind, was die Wirkungskraft militärischer Gewalt anbelangt, um die angegebenen Ziele zu erreichen¹⁸³. In Vietnam handelte es sich bei den Befürwortern des Krieges um jüngere Befragte¹⁸⁴. Der im Punkt IV aufgegriffene kriegsbefürwortende Aktivismus wurde in großen Teilen von der jungen Bevölkerung gestützt¹⁸⁵. Je höher also das Alter, desto niedriger die Unterstützung für einen militärischen Konflikt.

Der Vietnamkrieg wurde von den dunkelhäutigen Bürgern Amerikas größtenteils abgelehnt. Der dunkelhäutige Bevölkerungsanteil befürwortete deutlich mehr den Abzug der heimischen Truppen aus Vietnam als die weiße Bevölkerung der USA¹⁸⁶. Demnach stellten sie sich in höherem Maße der Eskalation des Konfliktes in Vietnam entgegen¹⁸⁷.

6 Kriegsjournalismus – ‚embedded journalism‘

Das Bild amerikanischer öffentlicher Meinung zu Zeiten von militärischen Konflikten wird u.a. auch durch den Faktor ‚Kriegsjournalismus‘ gelenkt. Als Verbindungsstelle von Bevölkerung und Regierung dient der Journalismus als Übermittler der Geschehnisse des Konfliktes.

Die amerikanische Presse hat sich seit der Post-Vietnamphase gewandelt. Berichterstattung zu Zeiten des Vietnamkriegs richtete sich ununterbrochen gegen die Regierungen Johnsons und Nixons und Journalisten hinterfragten regelmäßig die Wahrhaftigkeit und die Beweggründe des Militärs in Vietnam. Die damalige Presse berichtete mit einer Genauigkeit und Richtigkeit, in Abwesenheit parteilicher Neigungen und mit vorbildlichem Mut. Sie zeichnete sich durch ihre Unabhängigkeit aus¹⁸⁸. Seitdem hat sich jedoch im negativen Sinn viel getan. Die Medien stimmen in ihrer außenpolitischen Nachrichtenerstattung weitgehend überein¹⁸⁹. Die politische Führung hat zunehmend das Bedürfnis, und unternimmt dementsprechende Bemühungen, die Medien zu kontrollieren und auf diese Weise die öffentliche Meinung zu gestalten und zu formen¹⁹⁰. Um dieses Ziel erfolgreich zu erreichen, müssen die politischen Entscheidungsträger und Präsidenten die Medien dazu bringen, ein Thema für die Öffentlichkeit zu gestalten und in Szene zu setzen, indem sie bestimmte Facetten von

¹⁸³ vgl. Gelpi/Feaver/Reifler, 2009, S.86.

¹⁸⁴ vgl. Lunch/Sperlich, 1979, S.32.

¹⁸⁵ vgl. Scanlon, 2013 und Punkt IV dieser Arbeit.

¹⁸⁶ vgl. Lunch/Sperlich, 1979, S.35.

¹⁸⁷ vgl. Verba et al., 1967, S.325.

¹⁸⁸ vgl. Carey, James W., 2011: American Journalism on, before, and after September 11, in: Zelizer, Barbie; Allan, Stuart (Hrsg.), 2011: Journalism after September 11. 2. Aufl. New York: Routledge, S.95.

¹⁸⁹ vgl. Dimaggio, 2009, S.29.

¹⁹⁰ vgl. Priest, 2009, S.162.

Ereignissen oder Themen auswählen und hervorheben sowie Verbindungen herstellen, sodass eine gewisse Interpretation, Bewertung und/oder Lösung beworben wird¹⁹¹. Dabei wird nicht verändert, was die Öffentlichkeit für wahr hält, eher streben diese Taktiken der politischen Führung an, die Kriterien abzuwandeln, auf die die Öffentlichkeit bei ihrer Bewertung und Einschätzung zugreift¹⁹². Die Führungspositionen sind somit in der Lage, öffentliche Unterstützung für ihre bevorzugte Politik zu erzeugen und die Meinung der Öffentlichkeit anzuführen und zu leiten¹⁹³. Die ‚Mainstream-Medien‘ beruhen zum Großteil auf offiziellen Quellen und die Berichterstattung entspricht genau den allgegenwertigen Themen der mächtigen Regierungsbeamten¹⁹⁴. Dementsprechend besteht ein enges Band zwischen den Journalisten verschiedener Medienkanäle und der amerikanischen CIA. Die CIA gesteht gar, dass sie Beziehungen zu allen Hauptsendern, -fernsehnnetzwerken und -zeitungen pflegt. Desweiteren wurde zugegeben, bereits einige Reporter überzeugt zu haben, Berichte zurückzuhalten, zu ändern oder gar zu verwerfen. Dabei handelte es sich nach ihren Aussagen um Berichte, die die nationale Sicherheit betrafen¹⁹⁵. Die Regierung entwickelte eine Reihe von Methoden, um Reporter zu disziplinieren. Diese Methoden beinhalten zum einen Drohungen, den Pressezugang zum Präsidenten zu entziehen und die Bestrafung von Reportern dessen Berichte nicht den Vorstellungen der Regierung entsprechen¹⁹⁶. Zudem stellen zunehmende Todesfälle unter Journalisten in Krisengebieten einen steigenden Anreiz für Reporter dar, zum Journalismus ‚unter den Fittichen des U.S. amerikanischen Militärs‘ zu wechseln – dem sog. ‚embedded journalism‘. Die Zahl nicht vom Militär geschützter, im Irak getöteter Journalisten war siebzehn mal so hoch wie die der Journalisten, die unter dem Schutz der amerikanischen Truppen arbeiteten¹⁹⁷. Bei alldem werden die Grenzen journalistischer Autonomie deutlich¹⁹⁸. Jedoch muss erwähnt werden, dass die Natur der Medien sich seit dem 11.September grundlegend gewandelt hat. So erhielt die Regierung im Anschluss an die Terroranschläge quasi einen ‚Blankoscheck‘ bezüglich ihres weiteren

¹⁹¹ vgl. Entman, R.M., 2004: Projections of power: Framing news, public opinion, and U.S. foreign policy. Chicago: University of Chicago Press, S.5.

¹⁹² vgl. Foyle, 2004, S.270.

¹⁹³ vgl. Foyle, 2004, S.270.

¹⁹⁴ vgl. Waisbord, Silvio, 2011: Journalism, Risk, and Patriotism, in: Zelizer, Barbie; Allan, Stuart (Hrsg.), 2011: Journalism after September 11. 2. Aufl. New York: Routledge, S.288.

¹⁹⁵ vgl. Cockburn, Alexander; St.Clair, Jeffrey, 2007: End Times: The Death of the Fourth Estate. Oakland: Calif.: A.K., S.120.

¹⁹⁶ vgl. Thomas, Helen, 2006: Watchdogs of Democracy? The Waning Washington Press Corps and How It Has Failed the Public. New York: Scribner, S.61.

¹⁹⁷ vgl. Committee to Protect Journalists, 2008: Iraq: Journalists in Danger, online unter: http://www.cpj.org/Briefings/Iraq/Iraq_danger.html [zuletzt aufgerufen am 11.12.2014].

¹⁹⁸ vgl. Dimaggio, 2009, S.118.

Vorgehens¹⁹⁹. Die Nachrichtenerstattung war geprägt von einer überwiegend feindseligen Presse²⁰⁰. Die Medien trugen dazu bei, eine Kultur der Angst aufrechtzuerhalten²⁰¹. Vor allen Dingen aber wurde der Journalismus in den vergangenen Jahren zunehmend an die Unterhaltungs- und Informationsbranche verkauft²⁰², da die amerikanische Bevölkerung als entpolitisiert betrachtet wird und aus diesem Grund Unterhaltungsprogramme und „infotainment“²⁰³ traditionellen Politiknachrichten vorzieht²⁰⁴. Der Einfluss des Journalismus und der Medien auf die öffentliche Meinung der amerikanischen Bevölkerung zu Zeiten von Konflikten wird deutlich an dem Abfall öffentlicher Zustimmung durch die Bürger bei zunehmender Berichterstattung über gesteigerte Gewalt im Konflikt²⁰⁵. Aus diesem Grund werden im Folgenden die Dimensionen des Kriegsjournalismus und ihre Konsequenzen für die öffentliche Meinung beleuchtet.

6.1 Falsche Wahrnehmungen und Kenntnis

In einer Regressionsanalyse stach hervor, dass die Existenz von falschen Wahrnehmungen und Sinnestäuschungen bezüglich des Krieges der stärkste Faktor ist, um Unterstützung für den Konflikt voraus zu sagen. In diesem Kontext weisen Zuschauer bestimmter Medienformate eine deutlich kleinere Zahl an falschen Informationen und Wahrnehmungen auf als andere²⁰⁶. Demnach bestand große Abweichung in der richtigen Kenntnis der Ereignisse im Irak²⁰⁷. Die Medien trugen dazu bei, dass Unkenntnis und inkorrektes Wissen über die Ereignisse im Konflikt in der Bevölkerung existierten und demnach von letzterer eine eventuell fehlgeleitete Einstellung dem Krieg gegenüber entwickelt wurde. Von Kriegsbeginn bis Mitte 2005 war die öffentliche Meinung der amerikanischen Bürger im Allgemeinen und ihre Ablehnung des Krieges im Besonderen nur selten in den Schlagzeilen²⁰⁸. Die Massenmedien spielten gar eine wesentliche Rolle in der ‚Verteufelung‘ und Ausgrenzung von kriegsablehnenden Demonstranten. Als Folge dessen war der Zugang der amerikanischen Öffentlichkeit zu Informationen über die Anti-Kriegsbewegung in hohem Maße begrenzt. Die Mainstream-Presse verzerrte Neuigkeiten und übermittelte eine falsche

¹⁹⁹ vgl. Holsti, 2013, S.25.

²⁰⁰ vgl. Holsti, 2013, S.31.

²⁰¹ vgl. Waisbord, 2011, S.274.

²⁰² vgl. Carey, 2011, S.102.

²⁰³ Dimaggio, 2009, S.212.

²⁰⁴ vgl. Dimaggio, 2009, S.212.

²⁰⁵ vgl. Dimaggio, 2009, S.227.

²⁰⁶ vgl. Kull, Steven; Ramsay, Clay; Lewis, Evan, 2003/2004: Misperceptions, the Media, and the Iraq War, in: Political Science Quarterly 2003/2004 (118), S.597.

²⁰⁷ vgl. Berinsky, 2009, S.77.

²⁰⁸ vgl. Dimaggio, 2009, S.38.

Darstellung der Geschehnisse²⁰⁹. Obwohl viele amerikanische Journalisten vielleicht in gleicher Weise den Krieg ablehnten, erschien ihre Kritik am Konflikt kaum in Berichten der U.S. Medien. Vielmehr scheint die Nachrichtenerstattung routiniert. Sie stützt sich auf einige wenige Themen, zum großen Teil über die Schicksale amerikanischer Familien, die Angehörige im Irak verloren oder die Gewalt im Irak durch Aufständische. Nur selten wurde jedoch über die Verantwortung der amerikanischen Soldaten für die Todesfälle in der irakischen Zivilbevölkerung berichtet²¹⁰. Nach Meinung Dimaggios sei festzustellen, dass es sich bei den amerikanischen Medien größtenteils um ein Propaganda-System handelt, das von falschen Informationen der Regierung dominiert wird. Die entscheidende Funktion medialer Propaganda besteht darin, die Aufmerksamkeit von wesentlichen Angelegenheiten abzuwenden²¹¹. Vielmehr dramatisiert insbesondere das Fernsehen die Zahl der Kriegsgefallenen²¹². Schon zu Zeiten des Vietnamkriegs war dies der Fall. Der sog. „CNN effect“²¹³ der amerikanischen Medien, logischerweise vor allen Dingen des U.S. Fernsehsenders CNN, brachte den Vietnamkrieg in Amerikas Wohnzimmer. Die schrecklichen menschlichen Verluste wurden reell und die amerikanische Öffentlichkeit stand der Realität zum ersten Mal gegenüber²¹⁴.

Die Rolle der Medien und des Journalismus in der Beeinflussung öffentlicher Meinung der amerikanischen Bevölkerung wird auf eine indirekte Weise deutlich. Indem die Berichterstattung stark von der Regierung und dessen Willen geprägt ist, bekommt die Bevölkerung nur das Bild von den Geschehnissen im Krieg, das sie auch erhalten sollen. Oft handelt es sich dabei jedoch um falsche Informationen, die wiederum die Grundlage für die Herausbildung von Haltungen, Einstellungen und Meinungen dem Konflikt gegenüber darstellen. In dieser Weise wird durch die Nachrichtenerstattung der Medien die Meinung der amerikanischen Öffentlichkeit geformt und gestaltet.

6.2 Patriotismus im Journalismus

Der Journalismus im Nachgang des 11. September war geprägt von einem patriotischen Geist²¹⁵. Herbert Gans argumentiert, dass Amerikanismus schon zuvor ein grundlegender

²⁰⁹ vgl. Dimaggio, 2009, S.62f.

²¹⁰ vgl. Dimaggio, 2009, S.42f.

²¹¹ vgl. Dimaggio, 2009, S.80.

²¹² vgl. Feaver/Gelpi, 2004, S.151f.

²¹³ Feaver/Gelpi, 2004, S.152.

²¹⁴ vgl. Feaver/Gelpi, 2004, S.152.

²¹⁵ vgl. Waisbord, 2011, S.277.

Wert des U.S. Journalismus darstellte²¹⁶. In einem sozialen Klima, in dem Patriotismus rasch den öffentlichen Bereich erfüllte, entschied sich der Journalismus, Meinungsverschiedenheiten zu ignorieren und vermied die Gefahren überschäumenden Patriotismus zu hinterfragen. Das übersteigerte und allgegenwärtige Nationalbewusstsein schloss Möglichkeiten der Kritik Bushs und seiner Regierung sowie jegliche kritische Fragen über den 11. September und seinen Nachgang aus. Die patriotische Berichterstattung nach 9/11 machte nur einmal mehr sichtbar, dass die Medien mehr geliebt als für wahr gehalten werden möchten. Die Konservativen im Land begrüßten die Entscheidung des Journalismus für Patriotismus und gegen Sachlichkeit²¹⁷. Die Folge all dessen war ein „hawkish patriotism“²¹⁸, der den Journalismus durchzog und auch nach dem 11. September einflussreich blieb. Er förderte ein Umfeld der Zustimmung für die Lancierung der Irakinvasion im Jahr 2003²¹⁹. Die zuvor genannten falschen Informationen und Wahrnehmungen in der amerikanischen Bevölkerung wurden also zu einem Teil aufgrund patriotischer Bemühungen durch die Presse vermittelt und aufrechterhalten. Somit wurden der Öffentlichkeit häufig die Wahrheit und grundlegende Informationen vorenthalten und damit ihr Bild und ihre Meinung gegenüber der Situation beeinflusst.

Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass es an der Zeit ist, eine demokratische und unabhängige Presse wiederherzustellen. Als ein Bestandteil der Gesellschaft sollte der Journalismus entlang der Bedürfnisse der Bevölkerung, die bereits in hohem Maße von der amerikanischen Politik beeinflusst werden, berichten²²⁰. Patriotismus sollte nicht, wie bereits geschehen, ein Maßstab für professionelle Legitimität sein, der wesentliche Werte verdrängt und übertrumpft. Der Diskurs über die ‚Nation in Gefahr‘ ersetzt bereits die Werte eines demokratischen Journalismus wie zum Beispiel Meinungsvielfalt und Fairness²²¹. Hinter alledem bleibt anzumerken, dass die Medien nach wie vor das für den größten Teil der Bevölkerung einzige Mittel sind, von den Geschehnissen außerhalb ihres Machtbereichs zu erfahren. Dieses Mittel und somit die Bevölkerung und ihr Recht auf Meinungsbildung sollte nicht missbraucht und manipuliert werden. Die öffentliche Meinung sollte auf Informationen beruhen, die bezüglich ihres Wahrheitsgehalts unbedenklich sind.

²¹⁶ vgl. Gans, Herbert, 1980: *Deciding What's News*. New York: Vintage, S.20.

²¹⁷ vgl. Waisbord, 2011, S.279f.

²¹⁸ Waisbord, 2011, S.288.

²¹⁹ vgl. Waisbord, 2011, S.288.

²²⁰ vgl. Carey, 2011, S.101.

²²¹ vgl. Waisbord, 2011, S.280.

7 Die Außenpolitik der USA und die Theorie des Realismus

Zuletzt kann der Umgang der amerikanischen Regierung mit der öffentlichen Meinung und der Bevölkerung in außenpolitischen Fragen durch die Brille der Theorie des Realismus gesehen werden.

Im Realismus ist das höchste Ziel jeden Staates, seine Macht zu vergrößern. Dabei besteht kein Platz für „idealistisches“ und „legalistisches Wunschdenken“²²². Auch die eigene Macht nicht einzubüßen ist ein zentraler Part des erfolgreichen Handelns eines Staates nach realistischer Natur²²³. Wendet man den politischen Realismus auf den Vietnamkrieg an, so wird deutlich, wie sehr der „american exceptionalism“²²⁴ das politische Handeln der USA beeinflusste. Diese Vorgehensweise der amerikanischen Regierung zielte, insbesondere zu Anfang des Krieges, darauf ab, die Pflicht und die Fähigkeit der USA, dem Kommunismus in der Dritten Welt entgegenzuwirken, aufzuzeigen²²⁵. Es sollte ein starkes und entschlossenes Bild Amerikas hervorgehoben werden. Im Kontext der Bekämpfung des Terrorismus im Irak waren die Absichten der amerikanischen Regierung ebenfalls von der Natur des politischen Realismus geprägt. Damit das eigene außenpolitische Handeln als rechtmäßig dargestellt wird, verlangt der politische Realismus von Seiten der politischen Führungspositionen eine derartige Darstellung der Fakten gegenüber den Bürgern und der internationalen Gemeinschaft²²⁶. Die Weltanschauung des politischen Realismus akzeptiert die Geringschätzung und Missachtung öffentlicher Meinung, wenn es sich um wichtige nationale Angelegenheiten handelt²²⁷. So entschied sich Johnson in Vietnam für einen unilateralen militärischen Einsatz entgegen der Präferenz der Bevölkerung für ein kooperatives und multilaterales Vorgehen²²⁸.

Die Theorie des Realismus ist insofern ein meinungsbildender Faktor amerikanischer Öffentlichkeit, da sie die Handlungsweise der Regierung beleuchtet. Diese ist gemäß des politischen Realismus von Desinteresse und Missachtung öffentlicher Meinung bei der Erwägung wichtiger außenpolitischer Schritte geprägt. Somit werden die Öffentlichkeit und ihre Einstellungen und Meinungen ausgeschlossen.

²²² Auth, Günther, 2008: Theorien der Internationalen Beziehungen kompakt. München: Oldenbourg Verlag, S.17f.

²²³ vgl. Auth, 2008, S.19.

²²⁴ Priest, 2009, S.149.

²²⁵ vgl. Priest, 2009, S.149.

²²⁶ vgl. Auth, 2008, S.32f.

²²⁷ vgl. Valenti, Jack, 1975: A Very Human President. New York: Norton, S.5.

²²⁸ vgl. Sobel, 2001, S.68.

VII Der Einfluss der heimischen öffentlichen Meinung in Konflikten auf die amerikanische Außenpolitik und Regierungshandeln

Im Folgenden wird ein weiterer Diskurs des Themenfeldes öffentlicher Meinung aufgegriffen. Diese Auseinandersetzung befasst sich mit dem Einfluss heimischer öffentlicher Meinung auf das außenpolitische Handeln der USA.

Es bestehen zunehmende Hinweise, dass – trotz mittlerweile bewiesener Relevanz öffentlicher Meinung zu außenpolitischen Belangen – Präsidenten in ihrer Meinung und Überzeugung über und Sensitivität zu öffentlicher Meinung und Umfragedaten stark voneinander abweichen. Obwohl die meisten Umfrageeinrichtungen nur wenig nützliche Rückmeldungen oder Orientierungshilfe bezüglich der Meinung zu außenpolitischen Angelegenheiten boten²²⁹ und Außenpolitik für viele Bürger ein schwer zu erfassendes Thema darstellt²³⁰, folgt im kommenden Abschnitt dieser Arbeit nichtsdestotrotz eine Ausarbeitung der Argumente für und gegen den Einfluss öffentlicher Meinung auf außenpolitisches Handeln.

1 Ablehnung der öffentlichen Meinung als Einflussfaktor auf Entscheidungsträger insbesondere im Vorfeld und zu Beginn militärischer Konflikte

Öffentliche Meinung hat nach dieser Ansicht nach wie vor einen begrenzten Effekt auf den politischen Entscheidungsprozess und scheiterte bisher, den Krieg zu einem Ende zu bringen²³¹. Präsident Johnson verneinte eine zentrale Bedeutung öffentlicher Meinung und vor allem Opposition bei seiner Entscheidung zum Waffenstillstand im März 1968²³². Ebenso sah sein Nachfolger Nixon, wie viele andere Zeitgenossen, öffentliche Meinung als etwas Starres und Greifbares²³³. Die Regierung des Präsidenten Bush grenzte sich von den Lektionen aus Vietnam ab und versuchte gar vorzugeben, dass das Versagen der USA in Vietnam nicht passiert sei²³⁴. Bush betonte häufig, dass er Politik nach Prinzipien und nicht nach Meinungsfragen mache²³⁵. Er ignorierte gar öffentlich das Meinungsbild seiner Bürger²³⁶. Eine kleine Rolle spielten die Umfragedaten in Bushs Politikentscheidungen nichtsdestotrotz; der Einfluss und die Auswirkungen öffentlicher Meinung auf seine Politik

²²⁹ vgl. Holsti, 2013, S.23f.

²³⁰ vgl. Berinsky, 2004, S.105.

²³¹ vgl. Sobel, 2001, S.14ff.

²³² vgl. Sobel, 2001, S.67.

²³³ vgl. Scanlon, 2013, S.185.

²³⁴ vgl. Brigham, Robert K., 2006: Is Iraq Another Vietnam?. New York: Public Affairs, S.161ff.

²³⁵ vgl. Foyle, 2004, S.269.

²³⁶ vgl. Foyle, 2004, S.287.

sind jedoch im besten Fall eher begrenzt²³⁷. Kurz vor der Invasion des Irak im März 2003 beeinflussten weder das amerikanische Ersuchen nach Unterstützung der internationalen Gemeinschaft noch die öffentliche Ablehnung eines Handelns ohne UN-Resolution durch die Bevölkerung die mögliche politische Entscheidung der Regierung²³⁸. Man ging davon aus, dass die Regierung auch in Abwesenheit öffentlicher Meinung die Invasion des Irak lanciert hätte, denn die zum späteren Zeitpunkt wachsende öffentliche Ernüchterung über den Krieg im Irak hatte nur wenig Wirkung auf das politische Vorgehen²³⁹. Bush beharrte auf seiner Ansicht, dass die Öffentlichkeit eine zu erziehende Einheit sei und weniger ein politischer Leitfaden oder gar ein bedeutendes politisches Hindernis seines Handelns²⁴⁰.

2 Zunehmender Einfluss des öffentlichen Meinungsbildes auf politisches Handeln

Die Ansichten politischer Führungspositionen zu öffentlicher Meinung und ihrer Bedeutung steht aber im Gegensatz zu dem im folgenden Teil der Arbeit ausgeführten Argument. Nach dieser Argumentation beweisen die bisherigen Konflikte der amerikanischen Geschichte sehr wohl einen Einfluss des öffentlichen Meinungsbildes auf das politische Vorgehen.

Die Zeit des Vietnamkriegs bezeugt einen Anstieg der Bedeutung öffentlicher Meinung und ihre Auswirkung auf den politischen Entscheidungsprozess²⁴¹. Der Einfluss der amerikanischen Öffentlichkeit hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten zunehmend vergrößert. Auch die wissenschaftliche Literatur ist sich größtenteils einig, dass politische Entscheidungsträger nur noch selten die öffentliche Meinung ignorieren²⁴². Obwohl öffentliche Meinung den politischen Entscheidungsprozess in einer Demokratie verbessern sollte, ist es nichtsdestotrotz schwer, direkte Auswirkungen öffentlicher Meinung auf den Entscheidungsprozess in der Außenpolitik festzustellen. Der Einfluss öffentlicher Meinung hebt sich somit indirekt hervor²⁴³.

2.1 ‘Vietnam Syndrome’

Das sog. “Vietnam Syndrome”²⁴⁴ spielt insbesondere auf die wesentlich vorsichtigeren amerikanischen Außenpolitik seit dem Ende des Vietnamkriegs an²⁴⁵. Im Lichte von Vietnam

²³⁷ vgl. Holsti, 2013, S.25.

²³⁸ vgl. Foyle, 2004, S.285.

²³⁹ vgl. Holsti, 2013, S.28.

²⁴⁰ vgl. Holsti, 2013, S.28.

²⁴¹ vgl. Priest, 2009, S.150.

²⁴² vgl. Foyle, 2004, S.270.

²⁴³ vgl. Cohen, Bernard C., 1973: *The Public's Impact on Foreign Policy*. Boston: Little, Brown, S.97.

²⁴⁴ Priest, 2009, S.142.

²⁴⁵ vgl. Priest, 2009, S.142.

verloren viele den Glauben und das Vertrauen in die Zukunft der amerikanischen Nation²⁴⁶ und hatten den starken Wunsch, dass so etwas nie wieder passiere. Dies führte zu einer ‚Wiederbelebung‘ der Macht des amerikanischen Kongresses, die vor außenpolitischer Abenteuerlichkeit bewahrte²⁴⁷ und in letzter Konsequenz zum benannten Vietnam-Syndrom. Die amerikanische Öffentlichkeit wird nicht für längerfristige militärische Einsätze einstehen, wenn die Gründe der Intervention unklar und der Ausgang unbekannt sind²⁴⁸. Die Auswirkungen des Vietnam-Syndroms verdeutlichen den Bedeutungszuwachs der öffentlichen Meinung. So sollte in der Post-Vietnam-Ära eine Reihe an Kriterien vor dem Einsatz von Truppen erfüllt sein, um öffentliche Unterstützung für den militärischen Einsatz zu gewinnen und aufrechtzuerhalten. Präsidenten haben das Bedürfnis öffentliche Zustimmung zu erhalten, da sie die moralische Legitimität des Konfliktes gewährleisten, die in Vietnam fehlte²⁴⁹. Das Syndrom begrenzt die militärische Macht der USA auf eine positive Weise²⁵⁰ und weist der amerikanischen öffentlichen Meinung eine bedeutende Rolle zu. Somit kann das Vietnam-Syndrom als eine Form der Auswirkung des öffentlichen Meinungsbildes auf den politischen Entscheidungsprozess angesehen werden.

2.2 Einschränkung des politischen Handelns durch öffentliche Meinung

Die Bedeutung öffentlicher Meinung für das politische Handeln des Präsidenten und der Regierung äußert sich u.a. in Form des Vietnam-Syndroms. Aber auch ohne den expliziten Bezug auf den Vietnamkrieg und seine Lehren können Einschränkungen des Regierungshandelns durch das öffentliche Meinungsbild festgestellt werden.

Öffentliche Meinung entwirft nicht zwangsläufig Politik, aber sie formt und gestaltet das Umfeld, in dem Politik gemacht wird. Das Meinungsbild der Öffentlichkeit setzt nur den Rahmen, in dem Außenpolitik entsteht²⁵¹. Im Irakkrieg hatte die Regierung viel mehr Interesse daran, die Umfragedaten zu nutzen, um schon gewählte politische Strategien zu drehen und zu wenden als in der expliziten Beachtung öffentlicher Präferenzen als solche²⁵². Öffentliche Meinung beschränkt den außenpolitischen Themenplan, aber legt ihn nicht fest.

²⁴⁶ vgl. Bell, Daniel, 1980: *The End of American Exceptionalism*, in: Bell, Daniel, 1980: *Sociological Journeys: Essays, 1960–1980*. London: Heinemann, S.249.

²⁴⁷ vgl. Mueller, John, 2007: *Vietnam and Iraq: Strategy, Exit and Syndrome*, in: Dumbrell, John; Ryan, David (Hrsg.), 2007: *Vietnam in Iraq: Tactics, Lessons, Legacies and Ghosts*. London/New York: Routledge, S.184.

²⁴⁸ vgl. Priest, 2009, S.140.

²⁴⁹ vgl. McCrisken, Trevor B., 2003: *American Exceptionalism and the Legacy of Vietnam: US Foreign Policy Since 1974*. Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan, S.38.

²⁵⁰ vgl. Priest, 2009, S.146.

²⁵¹ vgl. Priest, 2009, S.150f.

²⁵² vgl. Furia, Peter; Barratt, Bethany, 2012: *Introduction*, in: Sobel, Richard; Furia, Peter; Barratt, Bethany (Hrsg.), 2012: *Public Opinion & International Intervention. Lessons from the Iraq War*. Washington, D.C.: Potomac Books, S.3.

Zudem sticht öffentliche Meinung mit der Zeit zunehmend hervor. Seit Vietnam mündete die Entwicklung der Rolle öffentlicher Meinung für die Politik in größeren Einschränkungen für letztere²⁵³. Das öffentliche Meinungsbild erzwingt die Ausführung bestimmter politischer Vorgehensweisen und beschränkt somit die Auswahl der Führungspositionen an politischen Möglichkeiten²⁵⁴. Präsident Johnson fühlte sich beispielsweise nach den Ereignissen der Tet-Offensive gezwungen zu handeln²⁵⁵. Die Regierung Johnsons begann die öffentliche Meinung als ein Hindernis zu sehen, das sie umgehen musste während sie insgeheim die weitere politische Vorgehensweise konzipierte²⁵⁶. Laut Johnson war seine größte Sorge nicht Vietnam selbst sondern vielmehr die Spaltung und der Pessimismus im eigenen Land²⁵⁷. Auch Nixon gestand zu späterem Zeitpunkt, dass ein amerikanischer Präsident nicht das Gewicht eines Krieges ohne die dauerhafte Zustimmung der Bevölkerung in der öffentlichen Meinung stemmen kann²⁵⁸. Nach dem 11. September 2001 fürchtete auch Bush die Reaktion der Öffentlichkeit falls er nicht handelte und es zu einem weiteren Anschlag in den USA kommen würde²⁵⁹. So stand Irak nach den Terroranschlägen ganz oben auf der außenpolitischen Agenda Bushs. Jedoch zwang die öffentliche Meinung Bush, die Bekämpfung Saddams zu verschieben. Bush sah es größtenteils aufgrund der Meinung amerikanischer Öffentlichkeit als leichter an, mit Al-Qaida alleine zu beginnen und Irak als zweiten Schritt dem Afghanistaneinsatz folgen zu lassen²⁶⁰. Jedoch wurde der Einfluss öffentlicher Meinung auf die Politik im Vorfeld des Irakkonfliktes in negativer Weise deutlich: Die Regierung nutzte die vor Beginn und zu Anfang des Konfliktes bestehende hohe Zustimmung der amerikanischen Bevölkerung, um Unterstützung unter den anderen politischen Akteuren im Land aufzubauen²⁶¹. Zudem unternahm die Bush-Administration Bemühungen in der Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel die amerikanische Öffentlichkeit, die UN und den Kongress für ihre Pläne zu gewinnen²⁶². Die Umfragewerte ergeben jedoch, dass diese Bemühungen nur einen minimalen Effekt auf die umfassende Unterstützung für die Lancierung eines Konfliktes hatten²⁶³. Es wird also deutlich, dass Bush entgegen seiner

²⁵³ vgl. Sobel, 2001, S.5.

²⁵⁴ vgl. Foyle, 2004, S.270.

²⁵⁵ vgl. Sobel, 2001, S.66.

²⁵⁶ vgl. Sobel, 2001, S.64f.

²⁵⁷ vgl. Johnson, Lyndon B., 1971: *The Vantage Point: Perspectives of the Presidency, 1963-1969*. New York: Holt, Rinehart, Winston, S.422.

²⁵⁸ vgl. Nixon, Richard M., 1985: *No More Vietnams*. New York: Avon Books, S.79.

²⁵⁹ vgl. Foyle, 2004, S.273.

²⁶⁰ vgl. Foyle, 2004, S.275.

²⁶¹ vgl. Foyle, 2004, S.289f.

²⁶² vgl. Foyle, 2004, S.280.

²⁶³ vgl. Foyle, 2004, S.288.

öffentlichen Ablehnung von Meinungsumfragen für die Gestaltung seiner Politik sehr wohl die Daten der Umfragen nutzte, sich aber bemühte, diese Tatsache für sich zu behalten²⁶⁴. Die Auswirkungen öffentlicher Meinung zu Konflikten auf das Handeln der Regierung zeigen sich desweiteren durch großangelegte Bürgerbewegungen. Sie können eine entscheidende und direkte Rolle im politischen Entscheidungsprozess spielen²⁶⁵. Zuletzt folgt in diesem Rahmen die Bedeutung öffentlicher Meinung für politische Wahlen in Situationen militärischer Auseinandersetzung. Bei der Wahl 1968 während des Vietnamkriegs kostete der Konflikt die demokratische Partei des damaligen Amtsinhabers Johnson circa fünf Prozent in der Zweiparteien-Wahl. Bei der Präsidentenwahl im Jahr 1972 verlor die Republikanische Partei aufgrund des Krieges 13 Prozent der Stimmen. All dies gipfelte jedoch in der Wahl 2004 zu Zeiten des Irakkriegs, als die Republikanische Partei 31 Prozent einbüßte²⁶⁶.

Sobel bezeichnete die Rolle öffentlicher Meinung zu kriegerischen Auseinandersetzungen wie folgt: Während die Einschränkung des politischen Handelns die maximale Auswirkung der öffentlichen Meinung auf Politik darstellt, beeinflusst das Meinungsbild der amerikanischen Bevölkerung vielmehr die Natur und die Präsentation der Politik²⁶⁷.

Es wird ersichtlich, dass die Meinung amerikanischer Öffentlichkeit seit dem Vietnamkrieg zunehmend an Einfluss auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess gewann. Sei es durch die Lektionen aus dem Versagen der amerikanischen Truppen in Vietnam in Form des Vietnam-Syndroms oder der ebenfalls aus Vietnam erwachsenen und zunehmenden Relevanz von Meinungsumfragen für die politischen Führungspositionen.

VIII Fazit – Öffentliche Meinung amerikanischer Bevölkerung in Kriegssituationen – Ein anhaltender Diskurs.

Kann ein Wandel des öffentlichen Meinungsbildes amerikanischer Bevölkerung in Zeiten militärischer Konflikte festgestellt werden? Im Folgenden werden zusammenfassend die zentralen Aspekte öffentlicher Meinung und ihrer Entwicklung im Verlauf der Konflikte in Vietnam und im Irak dargestellt und die wichtigsten Argumente der in dieser Arbeit behandelten Diskurse aufgegriffen.

Frühe Autoren wie Almond und Lippmann argumentierten vor dem Vietnamkrieg, dass die Präferenzen amerikanischer Bürger in außenpolitischen Belangen weitgehend inkohärent

²⁶⁴ vgl. Holsti, 2013, S.24.

²⁶⁵ vgl. Dimaggio, 2009, S.209.

²⁶⁶ vgl. Berinsky, 2009, S.183.

²⁶⁷ vgl. Sobel, 2001, S.239.

wären und nichts mehr als sich verschiebende und verändernde ‚Launen‘²⁶⁸. Ebenfalls wurden die Entscheidungen des amerikanischen Präsidenten in Zeiten internationaler Krisen durch die heimische Öffentlichkeit nicht nur akzeptiert, sie wurden unabhängig ihrer Natur regelrecht lobgepriesen²⁶⁹. Im Krieg in Vietnam scheiterten die Vereinigten Staaten dabei, ihre Ziele zu erreichen und das Land verfiel in einen Zustand von Desillusion und Hoffnungslosigkeit²⁷⁰. Die Auswirkungen des Vietnamkriegs blieben über die unmittelbare Zeit nach dem Sieg der Kommunisten in Saigon 1975 bestehen. So scheiterten die Versuche einiger Regierungen, im Nachgang von Vietnam außenpolitische Einigkeit zu erzielen²⁷¹. Autoren wie zum Beispiel Mueller sprechen bereits vom Aufkommen eines ‚Iraksyndroms‘ bei verblassender Erinnerung an Vietnam²⁷². Jedoch wird die Übermacht Vietnams als Analogie und Beispiel eines außenpolitischen Desasters nicht so einfach ersetzt werden²⁷³. Nach Vietnam bleibt aber festzustellen, dass der Einfluss und die Auswirkungen öffentlicher Meinung in Amerika zu steigen scheinen²⁷⁴. Ein Wandel des öffentlichen Meinungsbildes im Vergleich von Vietnam- und Irakkrieg wird deutlich. So schenken amerikanische Präsidenten der öffentlichen Meinung und Meinungsumfragen zunehmend mehr Aufmerksamkeit als ihre Vorgänger vor dem Vietnamkonflikt²⁷⁵. Die öffentlichen Haltungen stellen einen unvermeidbaren und beständigen Faktor im politischen Entscheidungsprozess dar. Es kann von einer wachsenden Rolle öffentlicher Meinung auf außenpolitische Entstehungsprozesse gesprochen werden²⁷⁶. Die Einschränkung der Politik durch öffentliche Meinung wurde bereits im vorangegangenen Abschnitt dieser Arbeit hervorgehoben. Desweiteren fiel die öffentliche Unterstützung der amerikanischen Bevölkerung für den Krieg im Irak in einem deutlich rascheren Tempo ab als während des Vietnamkonfliktes. Mitte 2004 war das Niveau öffentlicher Zustimmung zum Krieg in Irak bereits erheblich gesunken und fiel weiter ab. Dieses Niveau entsprach dem Meinungsbild in Vietnam nach 1969. So glich die Unterstützung der amerikanischen Bevölkerung bereits nach kaum mehr als einem Jahr im Irak dem Level der Zustimmung nach gut vier Jahren in Vietnam²⁷⁷. In Zahlen betrachtet fiel die Ansicht der Befragten, dass die Dinge im Irak gut liefen, von 78 Prozent in den ersten Wochen der Auseinandersetzung auf

²⁶⁸ vgl. Berinsky, 2009, S.3.

²⁶⁹ vgl. Mueller, 1973, S.70f.

²⁷⁰ vgl. Priest, 2009, S.144.

²⁷¹ vgl. Holsti/Rosenau, 1984, S.249.

²⁷² vgl. Mueller, 2005, S.53.

²⁷³ vgl. Schulzinger, Robert D., 2006: A Time for Peace: The legacy of the Vietnam War. New York: Oxford University Press, S.201f.

²⁷⁴ vgl. Sobel, 2001, S.25.

²⁷⁵ vgl. Sobel, 2001, S.20.

²⁷⁶ vgl. Sobel, 2001, S.234.

²⁷⁷ vgl. Berinsky, 2009, S.31.

43 Prozent nach der Veröffentlichung des Abu Ghraib – Folterskandals im Jahr 2004²⁷⁸. Der Wandel der Haltung amerikanischer Bürger zu kriegerischen Konflikten wird zudem an dem Bedeutungszuwachs der Parteinahme sichtbar. Der Irakkrieg war von parteiengetreuem Denken geprägt wie kein anderer amerikanischer Konflikt zuvor²⁷⁹. Die Zustimmung zum Konflikt je nach parteilicher Neigung unterschied sich 2004 um bis zu 50 Prozent. Republikaner befürworteten demnach den Krieg in erheblich höherem Maße als die demokratisch orientierten Bürger Amerikas²⁸⁰. Die zynischen Machenschaften Johnsons und Nixons in Vietnam verunglimpften die Beziehung zwischen der Presse, der Öffentlichkeit und den politischen Eliten in der amerikanischen Gesellschaft²⁸¹. Vor dem Vietnamkrieg war die öffentliche Meinung in Amerika durch starkes Vertrauen in die Regierung charakterisiert. Über dreißig Jahre später steht die Bevölkerung dem Verhalten der hohen Amtsträger deutlich misstrauischer gegenüber²⁸². Die Öffentlichkeit ist im Irakkrieg pessimistisch geworden. So achteten die amerikanischen Bürger im Irak mehr auf Anzeichen steigender Gewalt und Todesopfer als auf optimistische Prognosen²⁸³. Demnach wurde es selbst in Form von medialer und politischer Propaganda schwierig auf lange Sicht die Öffentlichkeit von der Legitimität des Krieges im Irak zu überzeugen. Die seit Vietnam immer pessimistischere amerikanische Gesellschaft stellte sich dem Krieg im Irak schon lange vor den Medien entgegen²⁸⁴.

Es ist hingegen nicht immer leicht, direkte Analogien zwischen dem Krieg in Vietnam und im Irak zu ziehen, da der Kontext, in dem Entscheidungen in Washington zur Intervention Vietnams und Iraks getroffen wurden, in vieler Hinsicht auch nicht vergleichbar ist. Die Anforderungen des Kalten Krieges und der bipolare Kampf beeinflussten den Entscheidungsprozess in den 1950er und 1960er Jahren während diese Bedingungen seit dem Ende des Kalten Kriegs und in der Post-9/11-Periode, in der die USA die einzige Supermacht darstellt, nicht vorhanden sind²⁸⁵. Letztendlich kommt es auf die Umsetzung des Präsidenten an, welchen Einfluss öffentliche Meinung haben sollte. Auch Nixon war beispielsweise theoretisch davon überzeugt, dass in einer demokratischen Politik das öffentliche Einverständnis reflektiert werden sollte, praktisch glaubte er aber, Meinung ändern oder

²⁷⁸ vgl. Voeten/Brewer, 2006, S.819.

²⁷⁹ vgl. Gelpi/Feaver/Reifler, 2009, S.115.

²⁸⁰ vgl. Berinsky, 2009, S.100.

²⁸¹ vgl. Priest, 2009, S.149.

²⁸² vgl. Dimaggio, 2009, S.280.

²⁸³ vgl. Holsti, 2013, S.15.

²⁸⁴ vgl. Dimaggio, 2009, S.255.

²⁸⁵ vgl. Priest, 2009, S.169.

umgehen zu können²⁸⁶. Wie jeder Präsident und seine Regierung im Endeffekt ihre Vorstellung von der Bedeutung öffentlicher Meinung in Taten umsetzen, wird sich stark unterscheiden. Aus diesem Grund wird es schwer sein, die Auswirkungen öffentlicher Meinung starr in einer Richtung voraussagen zu können.

Desweiteren sollten Meinungsumfragen auch mit Sicht auf die politischen Stimmen betrachtet werden, die keine Antwort in den Umfragen abgegeben haben. Berinsky spricht dabei von den „silent voices“²⁸⁷. Sie werfen die Frage auf, ob Meinungsumfragen bezüglich der breiten Bevölkerung als wirklich repräsentativ gelten können²⁸⁸.

Die Meinung amerikanischer Öffentlichkeit ist von zahlreichen Diskursen geprägt. Der Diskurs über die meinungsbildenden Faktoren legt offen, dass viele verschiedene Einflüsse das Bild öffentlicher Meinung formen. Seit dem Krieg in Vietnam entwickelten sie sich im Lauf der Zeit auf jeweils unterschiedliche Weise. Zu Grunde zu legen sei jedoch bei allen einflussnehmenden Faktoren, dass sich die Bevölkerung stark nach dem Ziel und der Art des betreffenden Konfliktes orientiert. Die aufgeführten Faktoren haben über die Zeit hinweg nicht an Aussagekraft und Bedeutung verloren, im Gegenteil scheinen sie zum Teil sogar an Einfluss zu gewinnen. Sei es die Zahl der amerikanischen Kriegsoffer, die Erfolgserwartungen der Bevölkerung, der Einfluss parteilicher Neigungen oder die Macht des Journalismus und der Regierung auf die öffentliche Meinung; sie alle hatten im Irak erhebliche Auswirkungen auf das amerikanische Meinungsbild. Der Wandel öffentlicher Meinung zu militärischen Auseinandersetzungen vollzog sich seit Vietnam auf zwei Weisen: Zum einen sank der Optimismus und das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik und somit auch die Zustimmung zum Krieg. Seit Vietnam geschieht dies mit erheblich rascherer Geschwindigkeit. Zum anderen zeigt sich der Wandel in Form eines Bedeutungszuwachses der öffentlichen Meinung amerikanischer Bürger für das außenpolitische Handeln der U.S. Regierung. Die öffentliche Meinung wird seit dem Vietnamkrieg, u.a. in Form des Vietnamsyndroms, zunehmend bedeutender für den politischen Entscheidungsprozess. Der Diskurs über die öffentliche Meinung in Konfliktsituationen mit all ihren Facetten wird damit jedoch nicht zu Ende gehen. Er prägt die wissenschaftliche Literatur zu diesem Thema und kann in inhaltlicher Hinsicht weiterhin nur bereichern.

²⁸⁶ vgl. Sobel, 2001, S.86.

²⁸⁷ Berinsky, 2004, S.2.

²⁸⁸ vgl. Berinsky, 2004, S.2.

Abschließend bleibt festzustellen: Öffentliche Meinung mag Politik in Zeiten militärischer Einsätze einschränken, politische Entscheidungsträger müssen jedoch nicht immer von öffentlichen Einstellungen beschränkt sein. Es gibt Zeiten, in denen Führungspositionen die Meinung beachten und ihr folgen sollten, Zeiten, in denen sie öffentliche Meinung anführen und leiten sollten und Zeiten, in denen sie voranschreiten sollten trotz abweichender öffentlicher Meinung. Wie vorzugehen ist hängt von den ‚amerikanischen Werten‘ sowie der Geschichte ab, denn die U.S. Politik soll zwingend den fundamentalen Prinzipien der Nation und den Zielen von Demokratie und Weltfrieden folgen²⁸⁹.

²⁸⁹ vgl. Sobel, 2001, S.240.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Auth, Günther, 2008: Theorien der Internationalen Beziehungen kompakt. München: Oldenbourg Verlag.
- Bell, Daniel, 1980: The End of American Exceptionalism, in: Bell, Daniel, 1980: Sociological Journeys: Essays, 1960–1980. London: Heinemann, S.245-271.
- Berinsky, Adam J., 2004: Silent Voices. Public Opinion and Political Participation in America. Princeton: Princeton University Press.
- Berinsky, Adam J., 2009: In Time of War. Understanding American Public Opinion from World War II to Iraq. Chicago: The University of Chicago Press.
- Bierling, Stephan, 2010: Geschichte des Irakkriegs. Der Sturz Saddams und Amerikas Albtraum im Mittleren Osten. München: C.H.Beck oHG.
- Brigham, Robert K., 2006: Is Iraq Another Vietnam?. New York: Public Affairs.
- Carey, James W., 2011: American Journalism on, before, and after September 11, in: Zelizer, Barbie; Allan, Stuart (Hrsg.), 2011: Journalism after September 11. 2. Aufl. New York: Routledge, S.84-103.
- Cockburn, Alexander; St.Clair, Jeffrey, 2007: End Times: The Death of the Fourth Estate. Oakland: Calif.: A.K..
- Cohen, Bernard C., 1973: The Public's Impact on Foreign Policy. Boston: Little/Brown.
- Committee to Protect Journalists, 2008: Iraq: Journalists in Danger, online unter: http://www.cpj.org/Briefings/Iraq/Iraq_danger.html [zuletzt aufgerufen am 11.12.2014].
- Dallek, Robert, 1998: Flawed Giant: Lyndon Johnson and His Times, 1961-1973. New York: Oxford University Press.
- Dimaggio, Anthony, 2009: When Media goes to war. Hegemonic Discourse, Public Opinion, and the Limits of Dissent. New York: Monthly Review Press.
- Entman, R.M., 2004: Projections of power: Framing news, public opinion, and U.S. foreign policy. Chicago: University of Chicago Press.
- Feaver, Peter D.; Gelpi, Christopher, 2004: Choosing your Battles. American civil-military relations and the use of force. Princeton: Princeton University Press.
- Foyle, Douglas C., 2004: Leading the Public to War? The influence of American Public Opinion on the Bush Administration's Decision to go to War in Iraq, in: International Journal of Public Opinion Research 2004 (16), S.269-294.

- Frey, Marc, 1998: Geschichte des Vietnamkriegs: die Tragödie in Asien und das Ende des amerikanischen Traums. München: C.H. Beck Verlag.
- Furia, Peter; Barratt, Bethany, 2012: Introduction, in: Sobel, Richard; Furia, Peter; Barratt, Bethany (Hrsg.), 2012: Public Opinion & International Intervention. Lessons from the Iraq War. Washington, D.C.: Potomac Books, S.1-8.
- Gans, Herbert, 1980: Deciding What's News. New York: Vintage.
- Gelpi, Christopher; Feaver, Peter D.; Reifler, Jason, 2005/2006: Success Matters: Casualty Sensitivity and the War in Iraq, in: International Security 2005/2006 (30), S.7-46.
- Gelpi, Christopher; Feaver, Peter D.; Reifler, Jason, 2009: Paying the Human Costs of War. American Public Opinion and Casualties in Military Conflicts. Princeton: Princeton University Press.
- Herring, George C., 1986: America's Longest War: The United States and Vietnam, 1950-1975. 2. Aufl. New York: Knopf/ Random House.
- Herring, George C., 1990: Vietnam, American Foreign Policy, and the Uses of History, in: The Virginia Quarterly Review 1990 (66), S.1-16.
- Holsti, Ole R.; Rosenau, James N., 1984: American Leadership in World Affairs. Vietnam and the breakdown of consensus. London: George Allen & Unwin Ltd.
- Holsti, Ole R., 2013: The United States, in: Sobel, Richard; Furia, Peter; Barratt, Bethany (Hrsg.), 2012: Public Opinion & International Intervention. Lessons from the Iraq War. Washington, D.C.: Potomac Books, S.11-34.
- Hughes, R. Gerald, 2008: "In the Final Analysis, it is Their War": Britain, the United States and South Vietnam in 1963, in: Hughes, R. Gerald; Jackson, Peter; Scott, Len (Hrsg.), 2008: Exploring Intelligence Archives: Enquiries into the Secret State. Abingdon/New York: Routledge, S.183-212.
- Johnson, Lyndon B., 1971: The Vantage Point: Perspectives of the Presidency, 1963-1969. New York: Holt, Rinehart, Winston.
- Kull, Steven; Ramsay, Clay; Lewis, Evan, 2003/2004: Misperceptions, the Media, and the Iraq War, in: Political Science Quarterly 2003/2004 (118), S.569-598.
- Larson, Eric V., 1996: Casualties and Consensus: The Historical Role of Casualties in Domestic Support for U.S. Military Operations. Santa Monica, Calif.: Rand.
- Lunch, William; Sperlich, Peter W., 1979: American Public Opinion and the War in Vietnam, in: The Western Political Quarterly 1979 (32), S.21-44.

- McCrisken, Trevor B., 2003: *American Exceptionalism and the Legacy of Vietnam: US Foreign Policy Since 1974*. Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan.
- Mueller, John E., 1973: *War, Presidents and Public Opinion*. New York: Wiley.
- Mueller, John, 2005: The Iraq Syndrome, in: *Foreign Affairs* 2005 (84), S.44-54.
- Mueller, John, 2007: Vietnam and Iraq: Strategy, Exit and Syndrome, in: Dumbrell, John; Ryan, David (Hrsg.), 2007: *Vietnam in Iraq: Tactics, Lessons, Legacies and Ghosts*. London/New York: Routledge.
- Nixon, Richard M., 1978: *RN: Memoirs of Richard Nixon*. New York: Warner Books.
- Nixon, Richard M., 1985: *No More Vietnams*. New York: Avon Books.
- Pozsgai, Joseph, 2008: *Vom Vietnam-Krieg zum Irak-Desaster. Fehlentscheidungen amerikanischer Politik*. München: Olzog Verlag.
- Priest, Andrew, 2009: From Saigon to Baghdad: The Vietnam Syndrome, the Iraq War and American Foreign Policy, in: *Intelligence and National Security* 2009 (24), S.139-171.
- Ricks, Thomas E., 2006: *Fiasco: The American Military Adventure in Iraq*. New York: Penguin.
- Rosenau, James R., 1961: *Public Opinion and Foreign Policy*. New York: Random House.
- Scanlon, Sandra, 2013: *The Pro-War Movement. Domestic Support for the Vietnam War and the Making of Modern American Conservatism*. Amherst: University of Massachusetts Press.
- Schulzinger, Robert D., 2006: *A Time for Peace: The legacy of the Vietnam War*. New York: Oxford University Press.
- Sobel, Richard, 2001: *The Impact of Public Opinion on U.S. Foreign Policy since Vietnam. Constraining the Colossus*. New York: Oxford University Press.
- Thomas, Helen, 2006: *Watchdogs of Democracy? The Waning Washington Press Corps and How It Has Failed the Public*. New York: Scribner.
- Valenti, Jack, 1975: *A Very Human President*. New York: Norton.
- Verba, Sidney; Brody, Richard A.; Parker, Edwin B.; Nie, Norman H.; Polsby, Nelson W.; Ekman, Paul; Black, Gordon S., 1967: Public Opinion and the War in Vietnam, in: *The American Political Science Review* 1967 (61), S.317-333.
- Voeten, Erik; Brewer, Paul R., 2006: Public Opinion, the War in Iraq, and Presidential Accountability, in: *The Journal of Conflict Resolution* 2006 (50), S.809-830.

- Waisbord, Silvio, 2011: Journalism, Risk, and Patriotism, in: Zelizer, Barbie; Allan, Stuart (Hrsg.), 2011: Journalism after September 11. 2. Aufl. New York: Routledge, S.273-291.
- Woodward, Bob, 2004: Plan of attack. New York: Simon & Schuster.